

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3.30 RM., monatlich 1.10 RM.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 30 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Annoncen
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
Donnerstag, den 6. Mai 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Rückzug der Russen aus Ungarn.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 5. Mai 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Mit schwersten Verlusten weichen die Engländer weiter in der Richtung auf den hart östlich von Ypern gelegenen Brückenkopf zurück. Die Gme. Vanheule, Elsterneest, der Schloßpark von Herenthage und Het Pappotje-Gme. wurden von uns genommen.

Zwischen Maas und Mosel herrschte wieder regere Tätigkeit. Im Priesterwalde, nordwestlich von Pont-à-Mousson griffen die Franzosen gestern mit starken Kräften an. Trotz lang andauernder Artillerievorbereitung brach der Angriff mit starken Verlusten für den Feind in unserem Feuer zusammen. Dagegen gingen wir im Walde von Ailly und östlich zum Angriff über, der gute Fortschritte machte. Hier nahmen wir bisher 10 Offiziere und 750 Mann gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Von Südosten kommende russische Angriffe auf Kossienie wurden abgewiesen. Die Verfolgung des Feindes ist im Gange.

Auch bei Kalwarja sowie nordöstlich von Suwalki und östlich von Augustow scheiterten zahlreiche russische Vorstöße. Dort wurden insgesamt etwa 500 Russen gefangen genommen.

Auf der übrigen Front fanden einzelne Nahkämpfe statt, die sämtlich zu unseren Gunsten entschieden wurden.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Der Angriff der verbündeten Truppen nördlich der Waldkarpauthen durchbrach gestern bereits die dritte befestigte Linie der Russen, die, dort auf der ganzen Front geworfen, auf die Wisloka zurückweichen. Die Größe des Sieges kann man daraus ersehen, daß infolge des Durchbruches der Verbündeten die Russen ihre in der nördlichen Flanke bedrohten Stellungen in den Waldkarpauthen südwestlich von Dukla zu räumen beginnen. Die Schnelligkeit, mit der unsere Erfolge erreicht wurden, macht es unmöglich, ein zahlenmäßiges Bild über die Siegesbeute zu geben. Nach den vorläufigen Meldungen scheint die Zahl der Gefangenen bisher über 30000 zu betragen.

Oberste Seeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 5. Mai. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart, 5. Mai 1915, mittags:

Die Rückwirkung des Sieges beginnt sichtbar zu werden. Die russische Besatzungsfront Jboroztroblo-Luplow ist unhaltbar geworden. Da die siegreichen verbündeten Streitkräfte unter andauernd erfolgreichen Kämpfen von Westen her gegen Jaslo und Smigrod weiter vordringen, ist der Gegner im Westabschnitt der Karpathenfront seit heute früh im vollen Rückzuge aus Ungarn, verfolgt von unseren und deutschen Truppen. Die Russen sind somit an einer zirka 150 Kilometer langen Front geschlagen und unter schwersten Verlusten zum Rückzuge gezwungen.

Die sonstige Situation ist im allgemeinen unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hoefler, Feldmarschallleutnant.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage weist nach den vorliegenden amtlichen Meldungen sowohl im Osten wie im Westen einen günstigen Stand auf. Bei Ypern, wo unsere Truppen unter dem Befehl des Herzogs von Württemberg stehen, sind neuerdings die feindlichen Stellungen in einer Tiefe von

4 Kilometer genommen worden. Der Bericht des Feldmarschalls French bestätigt bereits den neuen englischen Misserfolg.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz sind zurzeit zwei große Aktionen im Gange. Die Operationen auf dem nördlichen Teile dieses Kriegsschauplatzes werden vom Feldmarschall v. Hindenburg ausgeführt. Es handelt sich hier um einen mit überraschender Schnelligkeit unternommenen Vorstoß durch das kurländische Gebiet gegen Libau und Mitau. Die in diesem Operationsgebiet befindlichen russischen Streitkräfte sind bis jetzt ohne große Schwierigkeiten zurückgeworfen worden. Die von den Russen ihrerseits im Osten und Südosten von Suwalki unternommenen Angriffe konnten zurückgeschlagen werden. Auch bei Kossienij, nordwestlich von Rowno, mißlang der russische Angriff. Der Raum westlich Kossienij und Schawli kann als von den Russen gefäubert angesehen werden. Libau selbst wird noch von einer russischen Besatzung gehalten.

Die Operation in Westgalizien steht unter dem Befehl des Generalobersten v. Mackensen. Wenn auch die Operationen noch nicht abgeschlossen sind und die Kriegsbeute noch nicht völlig übersehen werden kann, so sind doch bereits drei feindliche Stellungen durchstoßen worden. Die Russen haben sich bis in den Raum westlich der Wisloka zurückgezogen, wo die Kämpfe fortbauern. Während die deutschen Truppen in der Mitte der von den Waldkarpauthen bis zur Dunajemündung sich erstreckenden Front kämpfen, haben die österreichischen Truppen auf den beiden Flügeln erfolgreich eingegriffen.

Italien vor der Entscheidung.

Basel, 5. Mai. (T. U.) Die „Baseler Nachrichten“ schreiben: Nach dem „Secolo“ soll Italien gestern Abend an Oesterreich mit einem Mindestprogramm herangetreten sein, das einem Ultimatum gleichkomme. Es wäre eine seltsame Ironie der Weltgeschichte, wenn Italien aus seiner vorsichtigen Haltung gerade einige Stunden vor Bekanntwerden der Siegesnachricht vom Danajec herausträten würde, die, ob sie nun optimistisch oder zurückhaltend zu bewerten sein mag, doch jedenfalls die diplomatische Position Oesterreichs wesentlich stärken wird.

Inhaltsschwere Stunden in Rom.

Rom, 5. Mai. (T. U.) Der Ministerrat ist heute früh von neuem zusammengetreten und hat seine Beratungen fortgesetzt. Der Tag der Eröffnung der Kammer Sitzung wurde festgesetzt; über den weiteren Verlauf der Besprechungen liegt undurchdringliches Schweigen. Politische Kreise glauben nicht, daß bereits am heutigen Tage eine endgültige Entscheidung fallen wird.

Die Aufregung in Rom selbst hat sich heute etwas gelegt. Die Nachricht von dem deutsch-österreichischen Siege in den Karpathen wirkte auf die allzu erregten Interventionisten wie ein kalter Wasserstrahl. Auch die Veröffentlichung weiterer Einzelheiten über die schwere Schlacht der Italiener in Tripolis hat die kriegerische Stimmung etwas herabgedämpft. Die Verluste sind noch größer als zuerst angenommen wurde. 600 Soldaten, und zwar 300 Italiener und 300 Askaris sind tot, an Offizieren fielen neun, die Zahl der Verwundeten beträgt 100. Wenn auch laute Demonstrationen heute fehlen, so ist die nervöse Spannung doch aufs Allerhöchste gestiegen. Lebhafteste Kommentare erregt eine Veröffentlichung des Militäramtblattes, in welcher das Kriegsministerium die Ermächtigung erhält, alle Urteilsabermittlungen für Unteroffiziere und Soldaten zu suspendieren.

Nach letzten Meldungen aus Genua haben die Feiertagsfeiern in Quarto pünktlich mit Beteiligung von Tausenden begonnen. Besonders zahlreich ist die italienische Kammer vertreten; man bemerkte den Präsidenten Marcora, mehrere Mitglieder des Präsidiums und der linkspolitischen Gruppen. Jemand ein Zwischenfall scheint sich bisher noch nicht ereignet zu haben.

Wie der „Local-Anzeiger“ meldet, sind die Verhandlungen zwischen Wien und Rom nach monatelanger Dauer an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt, und man hält in unterrichteten Kreisen dafür, daß sie nunmehr sehr bald zu einem Abschluß kommen müssen. Der Ernst der Lage ist unübersehbar, und wir werden gut daran tun, trotzdem die Möglichkeit einer Verständigung noch nicht völlig beseitigt ist, mit dem Eintreffen einer schwereren Nachrichten aus Rom zu rechnen. Der König und seine Minister sind zwar in der Hauptstadt geblieben, so daß Gabriele d'Annunzio in Genua der unbestrittene Held des Tages ist; aber sie haben das nur getan, um mit ungeteilter Aufmerksamkeit in das letzte Stadium der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn einzutreten. Noch ist es möglich, daß neue Vorschläge, die in diesen Tagen von Wien nach Rom abgegangen sind und sich mit einer nach Wien gerichteten Kundgebung der italienischen Regierung geknüpft haben, zu weiteren Erörterungen führen. Auch sie würden indessen, wie die Dinge nachgerade stehen, einen raschen Verlauf erfordern, so daß man sich wohl nur noch für wenige Tage mit Geduld zu wappnen braucht. Wir können in Ruhe abwarten, wie Italien sich entscheiden wird. Unsere militärischen Fortschritte in Ost und West sind gerade jetzt so bedeutend, daß wir mit unvermindertem Vertrauen in unsere Kraft auch mit dem etwaigen Hinzutreten eines neuen Gegners rechnen dürfen.

Ueber den letzten Ministerrat wird dem gleichen Blatt zufolge der Turiner „Stampa“ aus Rom berichtet:

„Wir erleben jetzt ereignisreiche Tage der Vorbereitung. Wir wohnen den verzweifeltsten Versuchen Deutschlands bei, den Abbruch der italienisch-österreichischen Beziehungen zu vermeiden. Gleichzeitig geht die italienische Regierung ungeführt und unauffhaltsam ihre Wege weiter und stellt Oesterreich vor das Dilemma, entweder die nötigen Abtretungen zu gewähren oder den Krieg zu gewärtigen. Die fortwährenden Unterredungen zwischen Belloso und Sonnino sowie die Meldung von der bevorstehenden Ankunft einer hochgestellten, mit einer wichtigen politischen Mission betrauten österreichischen Persönlichkeit in Rom beweisen, daß trotz dem in der Hauptsache negativen Ausgang der Wiener Unterhandlungen die letzte Möglichkeit für ein friedliches Abkommen noch nicht ge-

schwanden ist. Andererseits ist das Fortschreiten der Vorbereitungen zu der großen nationalen Feier in Quarto ein glänzender Beweis dafür, daß die Regierung den Eintritt Italiens in den Krieg vorbereitet, für den Fall, daß Oesterreich nicht rechtzeitig nachgeben sollte. Gleichzeitig verengt sich der Kreis der Personen, die an den Besprechungen teilnehmen, indem er sich auf diejenigen beschränkt, welche berufen sind, in den sich vorbereitenden Ereignissen das letzte Wort zu sprechen. Wir stehen folglich nunmehr vor dem letzten unvermeidlichen Schritt. Die Situation wird von der unbeugsamen Willenskraft Sonninos diktiert, dessen Programm lautet: Entweder die unbedingte Annahme aller von Italien gestellten Forderungen oder der Krieg."

Das "Berliner Tageblatt" äußert sich dahin:

"Bisher aber ist die Möglichkeit zum Weiterhandeln noch nicht völlig abgeschnitten, und falls nicht geheime Bindungen Italiens nach der anderen Seite hin vorliegen, kann aus einer Fortführung oder aus einer Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen noch immer ein günstiges Resultat sich ergeben. Es wäre indessen töricht, sich darüber zu täuschen, daß die Lage in den Tagen oder Stunden sehr ernst geworden ist, und daß die Spannung sich noch weitere verschärft hat. An der Hoffnung, daß eine friedliche Beilegung noch erreicht werden wird, muß man festhalten. Sollte diese Hoffnung aber unerfüllt bleiben, so werden Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich auch mit dieser Wendung abzufinden wissen und sich allem, was kommen kann, gewachsen zeigen."

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der russische Tagesbericht.

Petersburg, 5. Mai. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht des Großen Generalstabes: Am 3. Mai unternahm der Feind nichts gegen Liban und Mitau, das unsere Truppen besetzt halten. Bei Kossieny fanden kleine Gefechte statt. Am linken Ufer des Njemen, nördlich vom Bobr und Karcw und am linken Weichselufer bis zur Pilica ist die Lage ohne wesentliche Veränderung. Zwischen der Netta und der Tschermogansha nördlich von dem großen Sumpfe haben wir mehrere Dörfer im Kampfe eingenommen. Die Deutschen griffen unsere Stellungen am rechten Ufer des Dmulew auf einer ziemlich breiten Front an, wurden jedoch durch unser Feuer zu einem überstürzten Rückzug gezwungen und ließen ihre Toten und Verwundeten vor unseren Stellungen zurück. Südlich von der Pilica unternahm der Feind, von schwerer Artilleriefeuer gedeckt, mehrere Angriffe. Bei Lopuschko kam feindliche Infanterie am 2. Mai bis auf 200 Schritte an unsere Schützengräben heran, aber in der darauf folgenden Nacht warf sie unser Gegenangriff mit großen Verlusten aus den Verschanzungen, die sie errichtet hatten und die wir unbrauchbar machten. An einzelnen Stellen versuchte der Feind, die Rida zu überschreiten, aber unsere Gegenangriffe zwangen ihn, das linke Ufer vollständig zu räumen. In der Weichsel bei Krasnow setzte sich der Feind nahe bei unseren Stellungen fest, wo er sich hartnäckig verschanzte. In der Nacht vom 3. Mai wurden diese Abteilungen von uns durch Bajonettangriffe vernichtet, wir machten 400 Gefangene, darunter 9 Offiziere. In Gallizien entwickelten sich aufeinanderfolgende Kämpfe von der Weichsel bis zu den Karpathen im Laufe des 2. und 3. Mai. Einzelnen Abteilungen des Feindes gelang es, an das rechte Ufer des Dunajec zu kommen, unser Feuer verhinderte sie jedoch, vom Ufer aus vorzudringen. Die Kämpfe nehmen in der Gegend von Tuchow und Biecz besondere Heftigkeit an. Die feindliche Artillerie entwickelt hier ein, was die Anzahl der verbrauchten Geschosse betrifft, ganz außerordentlich starkes Feuer. Im Verlauf unserer Gegenangriffe machten wir mehrere hundert Gefangene und konnten die Anwesenheit deutscher Heeresteile feststellen, die zum erstenmal an unserer Karpathenfront erscheinen. In der Richtung gegen Stryn in der Gegend von Golobekto dauert der heftige Kampf an. Eine Höhe wechselte hier dreimal den Besitzer, bis wir sie am Morgen des 3. Mai endgültig eroberten. Im Laufe des

Tages machten wir neuerdings 1200 Gefangene, darunter fünf Offiziere und eroberten drei Maschinengewehre. Im Quellgebiete des Flusses Swica scheiterte ein Versuch des Feindes, unsere Pläne zu umfassen, vollständig und auch hier machten wir Gefangene und zwangen den Feind, in großer Unordnung zurückzugehen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 5. Mai. (B. Z. B.) Der gestern abend um 11 Uhr ausgegebene amtliche Bericht lautet: Unsere Fortschritte in Belgien in der Gegend von Steenstraete dauern an. In der Champagne unternahmen die Deutschen bei Beau Séjour drei aufeinanderfolgende Angriffe, die mit empfindlichen Verlusten für den Feind abgewiesen wurden. In den Argonnen rückten wir bei Bagatelle vor. Wir fanden auf dem Gelände zahlreiche tote Deutsche von den Kämpfen am 1. Mai. Ein neuer Angriff erlaubte uns, unseren Gewinn im Bois de Preire zu verbreitern.

Meldung des Feldmarschalls French.

London, 5. Mai. (B. Z. B.) Amtlich. French meldet: Geländeverlust infolge des unerwarteten Gebrauchs ersickernder Gase durch den Feind mache die Bildung einer neuen Linie nötig, die westlich von Zonnebeke verlaufe. In den letzten 24 Stunden sei der Zustand an der ganzen Front normal geblieben. Nordwestlich von Ypern habe der Feind einen schwachen Angriff gemacht, der mit Leichtigkeit abgeschlagen worden sei.

Tätigkeit deutscher Flugzeuge.

Paris, 4. Mai. (B. Z. B.) Das "Journal" meldet: Drei deutsche Flugzeuge überflogen am 1. Mai um acht und zehn Uhr morgens und um fünf Uhr nachmittags Nancy, sie wurden heftig beschossen und mußten umkehren, ohne Bomben werfen zu können.

Lyon, 4. Mai. (B. Z. B.) Einer Meldung des "Progrès" zufolge hat eine Gruppe Lunéville überflogen und drei Bomben abgeworfen, jedoch nur unbedeutenden Materialschaden angerichtet. Nach einer Meldung desselben Blattes hat eine Taube Düren überflogen, ohne Bomben abzuwerfen.

2600000 Engländer unter den Waffen?

Paris, 4. Mai. (B. Z. B.) Der Londoner Berichterstatter des "Temps" meldet, daß sich in der letzten Zeit wöchentlich 25 000 bis 30 000 Mann in die Rekrutierungslisten eintragen ließen. Bisher seien einschließlich der Kolonialtruppen und der Kanadischen und australischen Kontingente 2600000 Mann unter den Waffen, ungerechnet der Mannschaften, die in Kanada, Australien und Südafrika ausgebildet werden.

Englische Offiziersverluste.

London, 5. Mai. (B. Z. B.) Die Verlustliste vom 29. April verzeichnet den Verlust von 203 Offizieren. Bei den Unternehmungen an den Dardanellen fielen 37 Offiziere, 67 wurden verwundet.

Der Seekrieg.

Der U-Boots-Krieg.

London, 5. Mai. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Besatzungen dreier Fischdampfer aus Hull, "Jolente", "Hero" und "Northwardho" kamen gestern abend in Hull an und meldeten, daß ihre Schiffe am 3. Mai von einem deutschen U-Boot in der Nordsee in die Luft gesprengt worden seien.

Artilleriegeschosse gründlich zerstört. Nicht einmal die Umfassungsmauern sind vollständig stehen geblieben. Granaten rissen den Turm über dem Haupteingang herunter; er stürzte auf das Gewölbe des Kirchenschiffes, durchschlug es, drückte das Dach fast in der ganzen Länge mit in das Innere der Kirche herab. Vom Altar schaut man nun über einen Berg von Steinen und Schutt in die Wollen hinein. Oben, auf dem Gemäuer, sitzen zwei Krähen; als ich die Kirche betrete, fliegen sie krächzend auf, und einige Steine fallen polternd in die Kirche herab. Geröll ruft noch und läßt eine Staubwolke aufwirbeln.

Der Platz neben der Kirche ist mit Schrapnellstücken und Sprengstücken wie besät. Zwei barfüßige Kolonnen, die schon allerhand Gerümpel zusammengeführt haben, kriechen durch den Holzganz, der die Kirche umgibt. Wollen sie beten oder auch hier nach Schätzen suchen?

In dem aufgewirbelten Staub, der alles, Wagen, Pferde und Menschen, in ein natürliches Feldgrau kleidet, ziehen Kolonnen und kleine Trupps von Soldaten dahin. Auch ihr Ziel ist Szawle. Vielleicht müssen sie noch weiter. Mancherlei Hindernisse stellen sich ihnen in den Weg. Vier Brüden haben die Russen zerstört. Eine Notbrücke im Niveau der Straße ist fertig, an drei anderen Stellen muß der ganze Transport an der einen Seite die Böschung hinab, über eine Furt, und an der anderen Seite wieder hinauf. Gefangene Russen helfen, die Wagen hochzubringen. Vor Ribny haben wir einen kleinen Aufenthalt. Ich gehe in ein nahe der Straße gelegenes Gehöft. Armseligkeit guckt aus allen Winkeln; der Stall ist eine Lehmhütte, die Wohnung des Bauern besteht aus zwei ungeliebten engen Löchern.

Weiter geht's auf Szawle zu. Wiederholt stoßen wir auf rastende Truppen. Sie lagern im Gehöfz nahe der Straße. Die meisten scheinen zu schlafen, einige lochen. Staubwolke auf Staubwolke feht über die Lagernden hinweg. Russische Gefangene werden vorbeigeführt; am Wege liegen tote Pferde; andere laufen in großer Zahl herrenslos umher oder stehen unbeweglich auf der Straße. Auf den Feldern suchen kümmerlich entwidelte Röhre nach Nahrung. Anscheinend ist hier noch viel Vieh vorhanden; an Getreide und Samereien soll ebenfalls kein Mangel sein. So ärmlich im allgemeinen der Gesamteindruck ist, in jedem Ort findet man Zeichen einer gewissen Wohlhabenheit, deren sich mindestens ein Teil der Bevölkerung erfreuen muß. Ueberall sieht man verhältnismäßig große Vorräte an Konfitüren, feinem Gebäck, teuren Lederwaren, Parfüm und Seifen.

Beim Stabe in ... erfahren wir, daß Szawle in deutschem Besitz sei; unserer Hinmarch stand nichts im Wege. Nach wenigen Minuten sehen wir die Stadt vor uns. Einige Stunden später stand sie zum großen Teil in Flammen. Am nächsten Morgen lag ein Kranz von Schutt um die vom Feuer nicht zerstörten Häuser. Düweli, Kriegsberichterstatter.

London, 5. Mai. (B. Z. B.) Nach einer Flohds-Meldung aus Leith ist der schwedische Schooner "Elsa Palmstadt" am 2. Mai früh durch ein deutsches U-Boot in Brand geschossen und die Besatzung durch den Dampfer "Fermabo" in Leith gelandet worden.

London, 5. Mai. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der englische Fischdampfer "Cruiser" ist durch ein deutsches Unterseeboot beschossen und vier Mann der Besatzung sind getötet worden. Die übrigen sieben trachteten, in einem Boote zu entkommen, das Boot kenterte. Die Insassen wurden gerettet und nach Aberdeen gebracht.

Weitere fünf Fischdampfer torpediert.

London, 5. Mai. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Fünf weitere Fischdampfer, "Sector", "Progress", "Rudby", "Coquet" und "Bobwhite" sind von deutschen Unterseebooten in der Nordsee versenkt worden.

Zur Torpedierung des amerikanischen Dampfers "Gulfight".

Washington, 5. Mai. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. In amtlichen Kreisen herrscht die Ansicht, eine Unterfuchung des Zwischenfalles der "Gulfight" werde ergeben, daß die Torpedierung eine zufällige und nicht eine absichtliche gewesen sei, und daß daher keine andere Aktion der Vereinigten Staaten wahrscheinlich sei als die Forderung eines Schadenersatzes.

Das deutsche Hospitalschiff "Ophelia" vor dem Preisengericht.

London, 5. Mai. (B. Z. B.) Das Preisengericht verhandelte gegen das deutsche Hospitalschiff "Ophelia". Der Staatsanwalt vertritt die Auffassung, daß es, entgegen der Haager Konvention, zu militärischen Zwecken verwendet worden sei. Der Verteidiger führte aus, daß nur ein unbewiesener Verdacht vorliege. Die Verhandlung wurde vertagt.

Der türkische Krieg.

Die Lage an der Dardanellenfront unverändert.

Konstantinopel, 5. Mai. (B. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Die ungünstige Lage des Feindes an der Dardanellenfront hat sich in keiner Weise geändert. Auf den übrigen Kriegsschauplätzen nichts von Bedeutung.

Die Kämpfe auf Gallipoli.

Konstantinopel, 5. Mai. (B. Z. B.) Die von Athen und Mytilene aus verbreiteten Berichte von Journalisten der Entente, die bereits von der Besetzung von Gallipoli und Nagara durch die Landungsstruppen der Verbündeten sprechen, sind so widerfönnig, daß sie wohl nirgendwo Glauben finden werden. Wären Gallipoli und Nagara in den Händen der Verbündeten, so wäre die Meerengenfrage entschieden. In Wirklichkeit ist aber die Meerenge für die Türken so frei wie im Frieden.

Die Halbinsel Gallipoli ist für alle militärischen Bewegungen völlig frei, der Feind hält sich nur an zwei Punkten der Küste, bei Arburnu und bei Sedubahr; und zwar infolge des beständigen Feuers seiner Seestreitkräfte. Er ist aber nicht imstande, irgendeine Bewegung gegen die türkische Umklammerung zu machen. Das asiatische Ufer ist frei vom Feinde.

Bei Arburnu, nördlich von Kabatepe, wurde ein zweifacher Versuch englischer Landungsstruppen, nach der Wasserstelle durchzustoßen, blutig abgeschlagen, ebenso ein Versuch der Flotte, diese Landungsgruppe zu verstärken oder ihren Rückzug in die Boote zu ermöglichen, vereitelt.

Trotz der Unterstützung durch das Feuer der Linienschiffe mußten die Landungsboote unter erheblichen Verlusten sich zurückziehen. Bei Sedubahr mußte die gemischte Landungsarmee des Generals d'Amade langsam zurückgehen. Ein nächtlicher Vorstoß der Türken in der Nacht vom 3. zum 4. Mai trieb sie weit zurück, wobei dem Feind durch Bajonettangriff, den die anatolischen Truppen bevorzugen, schwere Verluste beigebracht wurden. Zwei Maschinengewehre nebst reichlicher Munition wurden genommen und sofort gegen die Engländer verwendet.

Alle Ausfälle konnten bisher leicht durch ausgebildete Leute aus den Mannschaftsdepots der im vorigen Jahre reformierten Mobilisationsorganisation ersetzt werden.

Die russische Flotte demonstrierte durch Beschließung harmloser Dörfer dicht an der bulgarischen Grenze.

Konstantinopel, 5. Mai. (B. Z. B.) Der Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau telegraphiert von den Dardanellen: Die Lage ist äußerlich wesentlich verändert durch die abermalige Aenderung der Taktik der Alliierten, die seit dem 25. April die Operationen auf das gesamte Gebiet an den Meerengen zwischen der asiatischen Landspitze von Rumale und dem Golf von Saros ausdehnen. Unter dem Schutze der Schiffsgeköhne wurden an zwei Punkten der Halbinsel von Gallipoli sowie bei Rumale Truppen gelandet. Rumale wurde durch wiederholte Nachtangriffe türkischer Streitkräfte in erbittertem Nahkampf vom Feinde völlig gesäubert, wobei die türkischen Truppen erneut teilweise höchster Tapferkeit gaben. Die feindlichen Streitkräfte konnten wiederholt infolge des stürmischen türkischen Angriffs die bereit liegenden Boote nicht mehr erreichen, wurden massenweise ins Meer getrieben und erlitten starke Verluste an Toten und Verwundeten. Letztere werden in den türkischen Lazaretten durch das Zusammenwirken des Roten Halbmondes und des Roten Kreuzes auf das sorgfältigste gepflegt. Die Zahl der Toten läßt sich, da die Feinde massenhaft im Meer ungelungen sind, vorläufig nicht annähernd feststellen. Zurzeit befindet sich, wie schon gemeldet, kein feindlicher Soldat mehr auf der asiatischen Seite der Meerenge. Auf der Halbinsel Gallipoli finden andauernd heftige Kämpfe bei Tag und besonders heftige bei Nacht statt. Einzelheiten darüber zu geben, ist zurzeit aus militärischen Rücksichten unmöglich. Daher die Beschränkung in dieser Hinsicht in den Berichten des türkischen Hauptquartiers. Auf die Verteidigung der Meerengen selbst sind seit dem 18. März keine ernstlichen Angriffe erfolgt. Der Feind beschränkt seine Tätigkeit auf die indirekte Beschließung von Raidos und Tschanal Kale an den Dardanellen sowie der Stadt Gallipoli am 2. Mai, wo die Kriegsberichterstattung bei ihrer Durchreise am Tage

vorher nur den Friedhof von Fliegerbomben beschädigt fanden. Es kamale Kale brannte bei der Ankunft des Verdrückten in der Nacht. Der weitenweit leuchtende Feuerchein war ein Wahrzeichen der feindlichen Zerstörungswut. Am anderen Tage bot es ein trauriges Bild der Verwüstung. Der Feind hatte mit einem durch Pfeilballen und Flieger geleiteten indirekten Feuer Brandbomben und Granaten schwerer Kalibers und größter Sprengwirkung in die Stadt geworfen. Das Feuer hat fast sämtliche Holzhäuser, besonders das griechische und das armenische Quartier zerstört. Die gefährdete Bevölkerung wird nur ein rauchendes Trümmerfeld wiederfinden, aus dem zahllose steinerne Essen und Restenteile die hohen nackten Mauern der Steinhäuser herausragen, in denen die marmornen Treppen von dem ehemaligen Wohlstand zeugen. Auf europäischer Seite wurde in Maidos das Hospital durch Brandbomben getroffen, in dem sich verwundete Gefangene befanden. Wiederholt wurden verschiedene Städte von feindlichen Fliegern mit Bomben beworfen, die aber stets, ehe sie größeren Schaden anrichten konnten, von türkischen Fliegern angegriffen und siegreich abgebrannt wurden. Schließlich war der Feind in verstärktem Maße bemüht, mit Unterseebooten in die Meerengen einzudringen, um türkische Kriegsschiffe und Transporte zu bedrohen. Laut autoritativer Feststellung sind, abgesehen von „Saphir“ und E 15, in den Kämpfen der letzten Tage drei Unterseeboote des Feindes erledigt worden. Unter ihnen E 2, wie durch die Gefangenennahme der Besatzung festgestellt wurde. Ein weiteres Unterseeboot sank durch das Artilleriefeuer türkischer Kriegsschiffe, ein drittes lief auf eine Mine auf. Beide sind mit samt der Besatzung gesunken. Der Feind hat im ganzen außer größeren Kampfschiffen fünf Unterseeboote verloren. Der Kommandant der Dardanellen, Djewad Pascha, antwortete auf die Glückwünsche der Journalisten mit der liebenswürdigsten Bescheidenheit und sagte, die Aktion sei längst nicht beendet. Andauernd unermüdete Arbeit werde hoffentlich den Feind auf lange Zeit hinaus von den türkischen Küsten vertreiben.

Churchills Einvernehmen mit Lord Fisher.

Kopenhagen, 5. Mai. (B. Z. V.) „Politiken“ berichtet aus London, daß Churchill im Unterhause die Anfrage, ob er mit Lord Fisher über die Dardanellenangelegenheit vorher konsultiert, bejaht habe. Es sollten dadurch die bekannten Angriffe der „Morning Post“ auf Churchill ihre Erledigung finden.

Asquith bekennt sich zum Optimismus.

London, 5. Mai. (B. Z. V.) Ministerpräsident Asquith sagte in einer Versammlung von Kaufleuten, die Kaufleute hätten bereits 430 000 Rekruten geliefert. Er schämte sich nicht, adzu optimistisch und vertrauensvoll genannt zu werden. Gleichgültig ob der Kampf von langer oder kurzer Dauer sein werde, solle nichts außer acht gelassen werden, um die gerechte Sache zu einem ruhmvollen Ende zu bringen. Jeder Mann, jede Frau müßten von sich sagen können, daß sie beigetragen hätten zur Bewältigung der großen Aufgabe, die dem Reiche bis jetzt gestellt worden sei.

Neue Streikbewegungen in England.

London, 5. Mai. (B. Z. V.) 800 bis 900 Eisenarbeiter streiken in dem großen englischen Rabelwerk in Reitherton wegen eines Streites über die Kriegszulage. Die Werke arbeiten fast ausschließlich für die Regierung. 700 Arbeiter streiken in den Douglas Motorwerken in Bristol. 2000 Arbeiter streiken in Bolewisch, wo tausend Häuser für die im königlichen Arsenal beschäftigten Leute gebaut werden.

Englische Kriegskosten.

London, 5. Mai. (B. Z. V.) Unterhaus. Bei der Einbringung des Budgets erklärte Lloyd George noch, die Staatschuld sei jetzt auf 1 165 857 000 Pfd. Sterl. gestiegen. Die Einnahmen des nächsten Finanzjahres schätze er auf 270 332 000 Pfd. Sterl. Falls der Krieg gegen September beendet sein würde, würden sich die Unkosten auf 786 Millionen Pfund Sterling belaufen, wenn er noch zwölf Monate dauere, auf 1136 Millionen Pfund Sterling. Die Fehlbeträge würden sein: 514 346 000 beziehungsweise 862 332 000 Pfd. Sterl. Lloyd George wies mit Nachdruck auf die wichtige ökonomische Rolle hin, die England dadurch erfülle, daß es die Verbündeten unterstütze. Er erinnerte das Haus daran, daß wenn im Etat keine neuen Steuern vorgesehen seien, dieser Etat eben nur provisorisch sei. Wenn der Krieg sich in die Länge ziehe, würden neue Steuern notwendig sein.

Clemenceau gegen Poincaré.

Paris, 4. Mai. (B. Z. V.) Clemenceau veröffentlicht im „Comme Enchaîné“ eine Reihe von Artikeln, in denen er heftige Angriffe gegen Poincaré und das Ministerium Viviani richtet. Er wirft ihnen vor, daß sie in autokratischem Geiste beabsichtigten, sich der Kontrolle des Parlaments zu entziehen. Die dem Triumvirat Poincaré, Millerand und Viviani nahestehende Presse habe mit allen Mitteln die Kontrolle des Parlaments bekämpft und die Zensur habe allen Angriffen gegen das Parlament freien Lauf gelassen, dagegen bestände die Pressefreiheit für diejenigen nicht, welche die Verfassung der Republik gegen die diktatorischen Versprechungen einiger wenigen verteidigen möchten. Jetzt beabsichtige man anscheinend wieder das Parlament auszuschalten. Man werde den Kammerern angeblich demnächst vorschlagen, sich mit eigenen Händen zu erdrosseln. Man werde sich bereit erklären, von dem Vortrecht, die Parlamentssession geschlossen zu erklären, keinen Gebrauch zu machen, sondern die Kammerern lediglich zu betragen, falls die Kammerern sich verpflichten, keine Sitzungen abzuhalten. Dies würde bei der gegenwärtigen inneren und äußeren Krise nichts anderes bedeuten, als der schlimmsten Katastrophe entgegenzugehen. Die augenblickliche Regierung, die kaum ein inneres Gleichgewicht besitze, bedürfe um so mehr der Parlamentskontrolle, als die ganze Existenz Frankreichs auf dem Spiel stehe. Die vom Parlament und den Ausschüssen geübte Kontrolle sei von größtem Nutzen für die Wohlfahrt des Landes. Als Mitglied des Veresausschusses des Senats sei er (Clemenceau) zu glauben berechtigt, daß die Mitglieder der Ausschüsse über die meisten Fragen besser unterrichtet seien als die Mehrzahl der Minister. Man müsse hoffen, daß die Minister eine solche Unwissenheit nicht dazu benutzen wollten, um später die Verantwortung mit der Angabe abzulehnen zu können, sie hätten nichts gewußt. Wollte man unter solchen Umständen trotzdem die Sitzungen des Parlaments verhindern, so komme dies einem Staatsstreich gegen Frankreich gleich.

Teuerung und Spekulation in Rußland.

Wien, 5. Mai. (B. Z. V.) In einer Korrespondenz aus Moskau über die dortige Teuerung wird der „Kowoje Wremja“ mitgeteilt, das Pfund Fleisch sei auf 32 Kopeken gestiegen, Holz

auf 18 Rubel die Sackhen, 10 Stück Eier kosteten 40 Kopeken, Kartoffeln seien im Preise um das Doppelte gestiegen. — Gusschlow äußerte sich dem Korrespondenten gegenüber wie folgt: In Moskau kennt sich kaum jemand in der Teuerungssache aus und teilt die Teuerung ein in die natürliche und unvermeidliche und diejenige, deren Ursachen durchaus zu beseitigen sind. Ich kann beispielsweise die Teuerung auf Eier nicht begreifen. Vor dem Kriege führten wir für mehr als 70 Millionen Rubel Eier ins Ausland aus; da begann der Krieg und der Export hörte auf. Nun hätte man doch wohl natürlicherweise ein schreckliches Sinken der Preise erwarten müssen. Und was war tatsächlich? 10 Stück frische Kiewer Eier kosten jetzt 40 Kopeken. Und das ist um so mehr verwunderlich, als dort an Ort und Stelle die Eier mit 2 Kopeken pro 10 Stück bezahlt werden. Wie soll man das mit der maßlosen Teuerung in Zusammenhang bringen? Da ist wahrscheinlich wohl die Spekulation an der Arbeit. Nebenbei, man teilt mir mit, daß das Sinken der Eierpreise an Ort und Stelle das Massenabschlachten der Kühe zur Folge hatte, um die Futterkosten zu beseitigen. Und doch sind nichtsdestoweniger die geschlachteten Kühe bei uns sehr teuer. Die Spekulation spielt selbstverständlich auch in der Holzfrage eine Rolle. Holz ist bei uns mehr als genug. An Ort und Stelle zahlt man 3 Rubel pro Sackhen, indes unsere Holznieverlagen leer. Ich kann verstehen, weshalb die Steinkohle teurer wurde: man hat keine Arbeitskräfte. Aber weshalb ist der Kohle und doppelte gestiegen? Seine Gewinnung ist leicht und die Kohleindustrie ist bei uns fast überall.

Mangel an Lebensmitteln in Rußland.

Petersburg, 5. Mai. (B. Z. V.) „Nesisch“ meldet: Zu dem Mangel an Lebensmitteln tritt auch die große Verteuerung des Futters hinzu. Viele Waggon sind unterwegs, liegen aber wegen Überlastung der Linien auf den Stationen fest. Das städtische Lebensmittelkomitee kaufte große Mengen Fourage als Ersatz für Hafer ein. Die Fleischpreise sind noch härter geworden. Am 29. April betrug der Auftrieb auf dem Markte nur 197 Stück. Die Höchstpreise sind wieder hinaufgesetzt worden. Aus den umliegenden Kleinstädten, wo gleichfalls Fleischmangel herrscht, können die Kaufleute nichts erhalten. Ein Drittel der Vorräte in den städtischen Fleischhallen ist seit dem 24. April bereits aufgebraucht. Auf der Fleischbörse herrscht unter den Viehhändlern große Erregung, da sie unklarheitsweise für die Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wurden. Sie erzwangen eine Audienz beim Ministerpräsidenten und gaben die Erklärung ab, daß die Schwierigkeiten durch das Verbot der Ausfuhr aus dem Kiewer Gouvernement sowie durch die unangemessenen Höchstpreise hervorgerufen wurden.

Russische Zensur.

Moskau, 5. Mai. (B. Z. V.) Auf Verfügung des Moskauer Stadthauptmanns ist das in Moskau in kleinrussischer Sprache erscheinende, von dem Edelmann Krassnowsk herausgegebene Journal „Lepia Rossa“ für die ganze Dauer des außerordentlichen Schutzes in Moskau geschlossen worden. Als Anlaß für die Schließung gibt die „Kowoje Wremja“ die schädliche Richtung des Journals in der letzten Zeit an, die besonders stark in dem Artikel „Galizien“ in der Nummer vom 15. v. M. zum Ausdruck komme.

Das genannte Journal hat offenbar eine Propaganda für die Verfechtung der Ukraine betrieben.

Finnland soll für die Kriegskosten herangezogen werden.

London, 5. Mai. (B. Z. V.) Die „Morning Post“ meldet aus Petersburg: Die russische Regierung billigte den Vorschlag, wonach Finnland an den Kriegskosten teilnehmen soll. Da Finnland bisher seinen Soldaten für den Krieg gestellt hat, verlangt man einen aufsergewöhnlichen Anteil an den Kriegskosten.

Ein unbehaglicher Kritiker.

Wie die Budapest „Vollstimme“ meldet, ist unser serbischer Genosse Abg. Laptschewitsch wegen seiner Kritik an den inneren Zuständen vor ein Kriegsgericht verwiesen worden.

Genosse Laptschewitsch hat bekanntlich auch gegen die Kriegskredite gestimmt.

Zur Lage in Montenegro.

Die Lage der montenegrinischen Bevölkerung ist nach einer Meldung des Pariser „Temp“ aus Cetinje infolge des Krieges sehr kritisch geworden. Der Lebensmittelmangel mache sich sehr fühlbar, zumal da die Verproviantierung des Landes vom Meer her nahezu unmöglich geworden ist. Tausende von Familien, welche sich aus Bosnien und der Herzegowina nach Montenegro geflüchtet haben, liegen nun der Regierung zur Last. Die österreichischen Flieger bewerkeln täglich die Städte und Dörfer des Landes mit Bomben, wodurch viele Personen getötet und verwundet werden.

Amerikanische Kriegslieferungen für England.

New York, 4. Mai. (B. Z. V.) Die „New York Times“ meldet: Die Ladaoanna-Stahlgesellschaft hat einen Kontrakt mit den Alliierten über Lieferung von fünfzigtausend Tonnen Schrapnell abgeschlossen, wovon alle zehn Tage fünftausend Tonnen verschifft werden sollen. Die E. W. Vlieg Co. erzeugt täglich dreißigtausend Schrapnell. Großbritannien hat bei der United States Cartridge Co. sechshundert Millionen Patronen, bei der Canadian Car and Foundry Co. Artilleriegeschosse im Werte von achtzig Millionen Dollar bestellt. Auch die American Locomotive Co. hat einen in die Millionen gehenden Kontrakt zur Lieferung von Kriegsmaterial abgeschlossen. Hauptsächlich infolge von Kriegsmaterial steigerte sich der Nettogewinn der Crucible Steel Co. von vierzigtausend Dollar im Dezember auf zweihundertfünfzigtausend Dollar im März.

Zur Meuterei in Singapore.

Singapore, 5. Mai. (B. Z. V.) Meldung des Meuterers Bureaus. Das Kriegsgericht verurteilte zwei Meuterer zum Tode, acht zur Deportation auf Lebenszeit und fünfzehn zur Deportation auf verschiedene Fristen.

Die chinesisch-japanische Krise.

London, 5. Mai. (B. Z. V.) Die „Times“ melden aus Tokio vom 2. Mai: Die Krise ist infolge der Weigerung Chinas, Artikel 5 der Forderungen Japans anzunehmen, entstanden. Premierminister Okuma wird in dem morgigen Wahi sagen, Japan bedürfe jetzt vor allem der Geduld; man solle China nicht wie ein Kind behandeln. Die Politik der Regierung habe schon festgestanden, als die ersten Forderungen an China abgegeben seien; Japans endgültige Entscheidung werde in ein bis zwei Tagen bekannt gegeben werden. Der Wahi wird morgen erklären, daß Japan schon soviel nachgegeben habe, wie möglich gewesen sei, und daß es keine weiteren Zugeständnisse machen könne. Der Korrespondent der „Times“ sagt hinzu, obgleich das ernst genug aussehe, habe Japan doch schon in den Forderungen wegen Schantung und betreffend die buddhistischen Missionare nachgegeben.

London, 5. Mai. (B. Z. V.) Die „Times“ melden aus Peking. Die chinesische Regierung teilte dem Vertreter Japans die folgende Antwort auf die neu durchgesehenen japanischen Forderungen mit: China stimmt allen Forderungen, die sich auf Schantung beziehen, zu, vorausgesetzt erstens, daß ein Vertreter Chinas an der Beratung zwischen Japan und Deutschland, die über die deutschen Rechte in Schantung entscheiden soll, teilnehmen darf, zweitens, daß die Verluste Chinas während der militärischen Operationen vergütet werden, drittens, daß der Zustand vor dem Kriege wieder hergestellt, Bahn, Telegraphen, Postämter usw. von militärischer Oberaufsicht befreit werden. Die Forderungen wegen der Mandchurei sind bereits in Paragraphen gebracht, außer denen über Ansiedlungsrechte, die Extraterritorialitätsrechte enthalten. China bewilligt die Ansiedlungsrechte, verlangt aber eine Aenderung der übrigen Forderungen. Was die Mongolei anlangt, wird die Öffnung der Märkte und die Bevorzugung Japans bei Bahnbauten und Anleihen auf Grund von örtlichen Steuern bewilligt. In bezug auf die Hanjeping-Gesellschaft nimmt China die neu durchgesehenen japanischen Forderungen an. Diese seien fest, daß China die Gesellschaft nicht als Staatsunternehmen wieder herstellt, das Vermögen der Gesellschaft nicht mit Beschlag belegt und für die Zwecke der Gesellschaft kein anderes fremdes Kapital außer japanischem verwendet. China wird eine selbständige Erklärung abgeben, worin es sich verpflichtet, keine Häfen und Inseln zu veräußern. In Verantwortung der Gruppe 5 der Forderungen, die anfangs den interessierten Mächten mitgeteilt worden sind, erklärt sich China bereit, späterhin über die Forderung zu verhandeln, daß keiner fremden Macht gestattet werden soll, in der Provinz Fujien eine militärische oder Flottenbasis oder einen ähnlichen Stützpunkt zu errichten oder fremdes Kapital zu solchen Zwecken zu verwenden. Alle übrigen Forderungen der Gruppe 5 lehnte China ab, ebenso die Forderung, Japan Eisenbahnrechte im Jiangtetal zu bewilligen. Der japanische Vorkämpfer Hiroi zog daraufhin die Erklärung zurück, daß Japan Kiao-shou an China wieder herübergeben, und zwar mit der Begründung, daß China die neu durchgesehenen Forderungen Japans nicht als Ganzes angenommen habe. Hiroi fragte, ob dies das Höchstmaß der chinesischen Zugeständnisse wäre, und sagte, nachdem er eine bejahende Antwort erhalten hatte, die japanische Regierung würde sehr enttäuscht sein, wenn die Beratungen damit enden sollten, ohne daß eine weitere Sitzung in Aussicht genommen würde. Der Korrespondent der „Times“ knüpft hieran die Bemerkung, man besürchte, daß Japan, da China die Annahme der Forderungen als Ganzes verweigert, weitere Schritte unternehmen werde. 60 000 Japaner stehen auf chinesischem Boden. Vom englischen Geschäftspunkte aus sei bei den Verhandlungen die Tatsache hervorzuheben, daß Japan insbesondere danach strebt, in das Jiangtetal einzudringen und die dortige Vorzugsstellung mit England zu teilen.

Soldaten-Maisfeier im Exil.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Die belgischen Soldaten in den holländischen Internierungslagern haben den 1. Mai festlich begangen und so bewiesen, daß ihnen der Glaube an die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Menschheit und das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit allen, die in anderen Ländern danach streben, nicht verloren gegangen ist. Im Lager von Harderwijk waren von den 50 Baracken 45 mit roten Fahnen geschmückt. Manche Baracken trugen Aufschriften, die auf die Bedeutung des Tages hindeuten. Mit besonderem Eifer waren die Fahnen der Parade Nr. 50, die den Namen „De Genotenars“ (Die Genossen) trägt, bei der Ausgestaltung ihrer Wohnstätten zu Werke gegangen und hatten sie befunden, daß sie ihre Heimatstadt, als Vorort des belgischen Sozialismus zu leuchten, auch in der Verbannung lebendig halten. — Tausende Internierte hatten auch zur Demonstration rote Halsketten angelegt. — Der Lagerkommandant nahm indes Vergeudis an der Kundgebung und gab Befehl, die Frauen zu entfernen.

Im Lager bei Zeist organisierten die internierten belgischen Genossen sogar einen Ausflug, an dem 2000 Soldaten mit roten Halsketten geschmückt, teilnahmen. Auch hier griff die Lagerbehörde ein und löste den Zug auf. Einem Parteigenossen, der eine Rede halten wollte, wurde dies verboten. Die Abteilung der Arbeiterpartei aus dem nahen Amersfoort ersuchte hierauf den Kommandanten, den Belgiern die Teilnahme am Maifest der holländischen Genossen zu gestatten, sie wurde aber abschlägig beschieden.

Kriegsbekanntmachungen.

Vorsicht bei Sendungen an deutsche Kriegsgefangene.

Mitl. Berlin, 5. Mai. (B. Z. V.) Es liegt im Interesse der deutschen Kriegsgefangenen im Ausland, daß die an sie gerichteten Postsendungen nichts enthalten, was nach den in den betreffenden Gefangenenlagern gültigen Bestimmungen unzulässig ist. Insbesondere sind zu unterlassen: Mitteilungen über die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland, abfällige Bemerkungen über die feindlichen Länder, Nachrichtenübermittlung in geheimer oder unsichtbarer Schrift, die Weiterleitung von Zeitungsausschnitten, Einlagen im Briefkoffer oder in Paketsendungen und dergleichen mehr. Verbotswidrige Sendungen haben oft für die deutschen Kriegsgefangenen die unangenehme Folge, daß ihr Briefverkehr auf mehr oder weniger lange Zeit gesperrt wird oder daß ihnen sonstige Vergünstigungen entzogen werden.

Verbrannte Feldpostsendungen.

Mitl. Berlin, 5. Mai. (B. Z. V.) Die Hebertretung des Verbots, feuergefährliche Gegenstände (Streichhölzer, Wergin usw.) mit der Feldpost zu versenden, hat leider von neuem zu einem namhaften Verlust von Feldpostsendungen geführt. In der Nacht vom 1. zum 2. d. Mts. ist in einem Güterwagen, der mit der Post für die 3. Garde-Infanterie und 1. Infanterie-Division beladen war, infolge von Selbstentzündung durch Streichhölzer ein Brand ausgebrochen, dem trotz sofort unternommener Löschversuche 20 Tsd. Feldpost zum Opfer gefallen sind. Bei den Vergungarbeiten sind mehrere Schachteln Streichhölzer, die aus Feldpostsendungen herausgefallen waren, vorgefunden worden. Hoffentlich gelingt es, die Personen zu ermitteln, die die Streichhölzer abgehandelt haben; es wird dann gegen sie gerichtlich eingeschritten werden.

Letzte Nachrichten.

Verabschiedung eines englischen Generals in Flandern.

Stockholm, 5. Mai. (Z. U.) Die für die Engländer unglücklich verlaufenen Kämpfe in Flandern haben zur Verabschiedung des Generals Sir Edward Hutton geführt. Er ist angeblich wegen Krankheit vom Kommando der 21. Division der neuen Armee zurückgetreten. Hutton, der das Kommando des Truppenteils im Verdicht übernommen hatte, galt bisher für einen sehr befähigten Offizier. Es heißt, daß er die auf ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr. Landsberger Viertel. Bezirk 4241.

Den Mitgliedern zur Nachricht, das unsere Genossin, Frau Auguste Ranfft

am Montag, den 3. Mai, verstorben ist. Ihre Beerdigung findet am Freitag, den 7. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weissensee aus statt.

Am 2. Mai 1915 verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Gatte, unser herzenguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Friedrich Gänsicke im Alter von 50 Jahren. In Heier Trauer Frau Emma Gänsicke geb. Schöneberg nebst Tochter.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Philippus-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45 aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises. 5. Abt. Bez. 535.

Am Sonntag, den 2. Mai, verstarb unser Genosse, der Maurer Friedrich Gänsicke

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45 aus statt.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Berlin.

Am 3. Mai starb unser Kollege, der Sandsteinmetz Martin Hartmann

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Emeens-Kirchhof in Britz, Mariendorfer Weg (Ede Germenthalstr.) statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser Kollege, der Arbeiter Hans Behnke

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Arbeiterjugend Berlins. Hierdurch zur Nachricht, das unser lieber Kollege

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Allen Verwandten und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, das unser lieber Sohn, Bruder und Schwager

Willi Richter im Alter von 23 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Verband der Hut- und Filzwaren-arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. Ortsverwaltung Berlin.

Allen Mitgliedern zur Nachricht, das der Kollege Wilhelm Fischer

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, auf dem alten Pauls-Kirchhof in der Seefischestr. 76/4

Am Dienstag, den 4. Mai, morgens 3 1/2 Uhr, entschlief sanft nach langem Leiden unser Bruder, Schwager und Onkel, der Wasser- und Lithograph

Albert Wichert im 49. Lebensjahre. Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Philippus-Kirchhofes in der Müllerstr. 44/45 aus statt.

Am 27. April fiel mein herzlich geliebter Sohn, Bruder und Schwager

Fritz Sander im Alter von 23 Jahren. Dies zeigt betrübt an

Du guter Sohn und Bruder bist jetzt nicht mehr. Dein Platz in unserm Kreis ist leer.

Als Opfer des Weltkrieges fiel nach unermessl. im Jahre 1915 unser lieber Sohn und Bruder

Emil Schwarzrock Reiter der 2. Ost., Schwerees Reg., Reiter-Reg. Nr. 3,

Auf dem Schlachtfeld fiel am 15. März unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter

Die Kollegen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, 1667b Schleiferer L.

Am Dienstag, den 4. Mai, verschied nach kurzem Leiden unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Witwe

Sophie Klein Vogel. Beerdigung Freitag, 7. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Johannis-Kirchhofes in Blagensee aus.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden

Unwiderruflich 12. Mai Ziehung der Schneidemühler Lotterie

Los 50 Pfennig 11 Lose 5 Mark. 10000 Lose 50 Pf. verschied. Tausend.

H. C. Kröger Berlin W 8, Friedrichstraße 193a. 11 Lose sortiert aus 5 Mark

Statt besonderer Dank-sagung. Für die uns beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Marie Kienzler erwiehene Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden lagen mir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Spezialarzt Dr. Homeyer, Gant, Harn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Krampfleiden jeder Art, Ehrlich-Hata-Kur

Voigt-Theater. Badstr. 58. Badstr. 58. Morgen Freitag, den 7. Mai: Benefiz für Fräulein Maria Gaffrey

Smith Premier Schreibmaschinen auf Tage, Wochen, Monate leihweise

Feine Herren- und Damenstoffe! Deutschlands allerbilligste Bezugsquelle.

DRUCK ARBEITEN in guter Ausführung VORWÄRTS Buchdruckerei und Verlag SW.68 Lindenstraße 3

Haben Sie Fußbeschwerden? empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützeinlagen

Pollmann, Gaudigist, Berlin N, Lothringer Str. 60, Lieferant für Krankenkassen.

Deutsches Theater. Direktion: Max Reinhardt. 8 Uhr: Schluck und Jau.

Kammerspiele. 8 1/2 Uhr: Der Weibsteufel. Freitag: Die deutschen Kleinstädter.

Theater für Donnerstag, den 6. Mai. Berliner Theater Extrablätter! 8 Uhr: Hohheit tanzt Walzer.

Deutsches Künstler-Theater. 8 Uhr: Die heilige Rai.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 8 Uhr: Die Königin von Saba.

Gebr. Herrfeld-Theater. 8 Uhr: Der Gedankenleser. Das einzige Mittel.

Komische Oper. 8 Uhr: Der Opernball.

Komödienhaus. 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Lessing-Theater. 8 Uhr: Datterich.

Lustspielhaus. 8 1/2 Uhr: Ein Prachtmädel.

Metropol-Theater. 8 Uhr: Der Hochtourist.

WINTER GARTEN Rita Sacchetto. Elise Böttcher, Rosa Felsegg, Julius Spielmann

Verkäufe. Steppdecken! Spotbillige Ausnahmepreise!

Teppiche mit keinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Vorwärtstapeten

Teppich-Thomas, Dronienstr. 44. Spotbillig farblichste Teppiche, Gardinen.

Gilt zum Warenverkauf im Wand-leibhaus Hermannplatz 6.

Vorjährige elegante Herrenanzüge, Paletots und Hüter aus feinsten Stoffen

Teppiche (Gardinen) enorm billig. Gardinen, Steppdecken, Gelegenheitskauf.

Tüchtige Schlosser auf Blecharbeit und tüchtige Eisendreher auf Leitspindel-Bank

Werkzeugschlosser und Einrichter für Kuerbach und Rager-Revolvier bei gutem Lohn

URANIA. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Generalmajor a. D. Bahn und Prof. Dr. Donath

Der Kampf um die Dardanellen. Montis Operetten-Theater. Gastspiel Louis Troumann.

Residenz-Theater. 8 Uhr: Die Schöne vom Strand.

Schiller-Theater O. 8 Uhr: Der lächelnde Knabe.

Schiller-Th. Charlottenbg. 8 Uhr: Der blinde Passagier.

Thalia-Theater. 8 Uhr: Alt-Berliner-Possen-Abend: Das erste Mittagessen.

Theater am Nollendorfpl. 8 1/2 Uhr: Immer feste druff!

Theater des Westens. 8 Uhr: Die Landstreicher.

Theater in der Königgrätzer Straße. 8 Uhr: Ostern.

Trianon-Theater. 8 1/2 U.: Akrobaten.

Volksbühne-Theater am Bülowplatz. 8 1/2 U.: Glaube u. Heimal.

Casino-Theater. Lotzinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.

Die gute Mama. Sonntag 4 Uhr: Neckengasse 26.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Am 8 U. Zum Schluss: Im Schützengraben

Wohnanzüge, nur wenig getragen. Paletots, Hüter, Hosen.

Möbel. Kriegshalber. Südliche Wohnungs-einrichtung, herrliche Küche.

Tüchtige Schlosser auf Blecharbeit und tüchtige Eisendreher auf Leitspindel-Bank

Werkzeugschlosser und Einrichter für Kuerbach und Rager-Revolvier bei gutem Lohn

Zentralmöbelfabrik. Brinzenstraße 71, verkauft Kleiderständer, Verticos 15,00-35,00

Möbelfabrik und gegenüber. Besondere An- und Abgabe. Möbel-Verkehr, Brunnentstraße 7-11

Möbel! Für Brautleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen.

Möbel-Verkehr, Brunnentstraße 7-11. Geschäft Müllerstraße 174. Sonntag den 8-10 geöffnet.

Umbauküchenschloß 55,-, 65,-, 75,-, 85,-, 95,-, 100,-, 110,-, 120,-, 130,-, 140,-, 150,-, 160,-, 170,-, 180,-, 190,-, 200,-

Möbel! Gelegenheitskauf aus Versteigerungen, Bettzüge, Verticos, Ankleideschränke, Schreibtische

Ringe, Akerliebste, Hüten, Dreifährig, Anrichte mit Geschloß, Tisch, Handtuchhalter, Kohlenkasten

Platinabfälle, Jahrgehisse für 50,00, Goldabfälle, Silberabfälle, Tressen, Cuedfilber, Stanniolabfälle

Unterricht. Automobilfahrer, erhaltene Lehrgangsbücher, 100 Part. Klapp-Abendkarte, Patentabläufe

Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Blücherstraße 16.

Arbeitsmarkt. Stellungsangebote. Tüchtige Goldschmied, Barthauserstr. 91.

Schmiede, Zuschläger, Geißer sofort ver-lange Niederböhmenhaus, Buch-Boiser Straße 58/61.

Fahrgesellschaft. Kräftige, des Fahrens kundige Leute werden eingestellt.

Metallschmelzer. bei gutem Lohn für dauernde Stellung sucht.

Reisepacker für Raubentdeckung gesucht.

Tüchtige Telephon-Monteur, mit Schaltungen vertraut, sofort gef.

Fahrgesellschaft, militärfrei, sucht.

Telephon-Monteur, mit Schaltungen vertraut, sofort gef.

Fahrgesellschaft, militärfrei, sucht.

Telephon-Monteur, mit Schaltungen vertraut, sofort gef.

Fahrgesellschaft, militärfrei, sucht.

Ein tschechischer Wunsch in der heutigen Situation.

Von Bohumir Smeral (Prag), Mitglied des österreichischen Reichsrates.

Zu Dank fühle ich mich dem Zentralorgan der deutschen Bruderpartei verpflichtet, daß es — ohne sich damit auf meine Auffassungen festzulegen — mir die Möglichkeit gewährt, den Gedanken Ausdruck zu geben, die ich in der jetzigen ersten Zeit vor dem Forum der reichsdeutschen Öffentlichkeit auszusprechen das Bedürfnis empfinde. Ausdrücklich bemerke ich, daß ich durch meine Ausführungen nichts mehr beabsichtige, als auf die aufgeworfene Frage aufmerksam zu machen. Ich will keine bestimmten Vorschläge zu ihrer möglichen Lösung machen. Ich will nicht die Gedanken im voraus in eine bestimmte Richtung führen. Gelingt es meinen Anregungen vielleicht nur bei einigen einzelnen Genossen das Interesse zu erwecken, so würden meine Zeilen ihre Aufgabe erfüllen.

Meine Absicht ist, ein stärkeres Interesse der reichsdeutschen Genossen, mit ihnen aber auch der ganzen reichsdeutschen Öffentlichkeit für die tschechische Nation, für das neben den österreichischen Deutschen zahlreichste und entwickelteste Volk im verbündeten Oesterreich und für seine Situation und Stimmung in der Flut der jetzigen geschichtlichen Ereignisse wachzurufen.

Schon einige Male wurde im Laufe des Krieges in der Berliner Presse festgestellt, daß Oesterreich-Ungarn bis jetzt in Deutschland eigentlich wenig bekannt war. Was war und was ist noch heute einem durchschnittlichen Reichsdeutschen genaues über die Tschechen bekannt? In die Psyche und in die gegenseitigen Vorstellungen zweier Nationen können sich im Laufe von Jahren viele Mißverständnisse und viele Irrtümer verirren; Mißverständnisse und Irrtümer, die, auch wenn sie in der Wirklichkeit nur eine Fiktion sind, doch zu einem politischen, die Völker gegenseitig entfernenden Faktor werden können. Wie in jedem Volke sind natürlich auch unter den Tschechen extreme, im voraus voreingenommene Rationalisten, deren Urteil nicht ernst genommen werden kann. Aber es sei mir als Mitglied der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die zur Milderung des nationalen Gegenstandes zwischen den Deutschen und Tschechen in Oesterreich und für das friedliche Zusammenleben beider Nationen einzutreten als eine ihrer wichtigsten politischen Pflichten immer gehalten hatte, auszusprechen erlaubt, welche Gedanken und Wünsche gegenüber der reichsdeutschen Öffentlichkeit in den Köpfen derjenigen Tschechen herrschen, bei denen wenigstens der gute Wille zu Richtigkeit und Objektivität nicht bestritten werden kann.

Und da bin ich gezwungen, auszusprechen: auf was wir immer von neuem stoßen, wenn wir bei uns zu Hause dahin wirken, daß unser Volk mit dem deutschen Volke als ganzem auf die Dauer in ein möglichst gutes und enges Verhältnis käme, das ist das Gefühl, wie wenig wir in Deutschland bekannt sind, und wie diese ungenügende Kenntnis hier im Reich rüchwendig oft auch in der politischen Praxis zu Konsequenzen führt, welche zu überwinden wir allein mit unseren beschränkten Mitteln nicht immer in der Lage sind. Ich erlaube mir nicht zu behaupten, daß es wirklich so ist, aber die tschechische Öffentlichkeit steht unter dem Eindruck: die deutsche Wissenschaft hat ihre Spezialisten für eine jede Erscheinung, für einen jeden Gegenstand. Jede Art der Fauna hat in Deutschland ihren wissenschaftlichen Fachmann, jedes Land in Afrika wird von den deutschen Expeditionen durchforscht. Wo ist auf einer reichsdeutschen Universität ein Gelehrter, in der reichsdeutschen Politik ein Fachmann, der als besonderer Kenner des tschechischen Volkes, seines Lebens, seiner Lage und seiner Wünsche gelten kann? Eines Volkes von sieben Millionen, mit dem slowakischen Zweige fast von zehn Millionen, eines Volkes, das in der Nähe, anderthalb Stunden Schnellzugsfahrt von Dresden, lebt, das das strategisch wichtigste Dreieck im Herzen von Europa ausfüllt, das eine Brücke zwischen dem germanischen Zentrum und slawischen Osten und Südosten bildet, das einen wichtigen Pfeiler Oesterreich-Ungarns darstellt! Einen wichtigen Pfeiler Oesterreich-Ungarns, an dessen innerer Zufriedenheit, Fähigkeit und Stärke Deutschland eigenes Interesse hat und von dessen 49 Millionen 37 einer anderen als der deutschen Nationalität angehören.

Warum soll die reichsdeutsche Öffentlichkeit dem tschechischen Volke ebenso wie allen österreichischen Nationen mehr Aufmerksamkeit schenken? Ich halte es nicht für zeitgemäß, mich jetzt hier in politische Details einzulassen. Nur eine allgemeine Begründung will ich andeuten. Mehr als jemals wird in dieser Zeit aus den Landarten gelesen. Ihre Sprache ist besonders durchdringend und gewichtig. Denn sie zeigt auf dem ersten Blick, ohne lange Reden die Stellen, in denen sich die Nationen auf Jahrtausende gegenüber befinden. Die Geographie ist es, die am Ende die Weltgeschichte macht. Und wenn heute ein Deutscher aus der Karte seines Vaterlandes liest, was sagt ihm diese über uns Tschechen? Verfolgt er mit seinem Blick die Grenze seines nationalen Gebietes, wird sie ihm sagen, daß wir Tschechen (neben den westlichen Polen) die einzige Nation sind, die tiefer in den deutschen Körper eindringt, und von dem andererseits dieser Körper wieder umfassen ist. Ueberall sonst stehen die Deutschen zu den anderen Nationen als einfache Nachbarn, von ihnen durch fast gerade Linien getrennt. Solche Grenzen bewirken, daß jede Nation auf ihre eigene Art lebt und die eine um die andere sich nicht viel kümmert. Aber etwas anderes wird der Deutsche sehen, wenn sein Blick auf das Gebiet der Tschechen fällt. Dieses Land ragt in die Karte Deutschlands wie ein Keil hinein und stört die Regelmäßigkeit ihres Vierecks. Der Weg von Berlin nach Wien, von München nach Breslau führt über slawisches Gebiet. Das Volk, das es bewohnt, steht infolge dessen zu allen Deutschen in einem näheren und in gewissem Sinne intimeren Verhältnis, als zum Beispiel ein Däne, Holländer, Italiener oder Franzose, der neben dem Deutschen einfach nur als Nachbar wohnt. Hier ist mehr als ein Verhältnis bloßer geographischer Nachbarschaft. Das kleinere Volk ist hier fast ganz in den Organismus des größeren eingebettet und auf einer hogenartigen zickzackförmigen Linie durchdringen sich beide gegenseitig. Es macht nichts aus, wenn dies in der politischen Geschichte sehr oft als ein gegenseitiger Antagonismus und als ein Kampf des schwächeren um die Rettung der Sprache und Nationalität von der großen Uebermacht erscheint. Im täglichen Leben, in der Wirtschaft und in der Kultur ist es doch ein durch tausend Fäden vermittelter

gegenseitiger Verkehr, das engste gegenseitige Zusammenwirken und Zusammenleben.

Die Deutschen sind empfänglich für die Individualitäten anderer Nationen und sie waren immer stolz auf diesen ihnen eigenen Kosmopolitismus. Ist es da nicht merkwürdig, daß eben darüber, was so nahe liegt, über Oesterreich und speziell über die österreichischen Tschechen ihre Vorstellungen so unklar waren? Der Krieg hat das Interesse an Oesterreich gehoben. Journalisten, Politiker, Militärs fahren über die Grenze, um einmal aus eigener Anschauung Oesterreich kennen zu lernen. Aber Oesterreich ist nicht nur Wien und Budapest, sondern auch Krakau, Laibach, Triest, und auch die erste große Landeshauptstadt an der Berliner Straße: Prag. Wenn nach dem Kriege die Verhältnisse in Zentraleuropa neu geordnet werden, steht unter anderem auch das wichtige politische Problem, ob es in einer den Interessen beider Nachbarn entsprechenden Weise gelingt, im Rahmen Oesterreichs und der zentral-europäischen Gruppe die Organisation des Lebens der tschechischen Nation und ihr Verhältnis zum deutschen Gesamtvolke zu ordnen und somit den nationalen Frieden, den die höhere Gewalt des Krieges erzog, in diesem Teile Europas auf die Dauer zu sichern.

In kleinen, lokalen Sachen können bei uns in Oesterreich die Interessen der Deutschen und Tschechen hier und da entgegenstehen. Vom großen geschichtlichen Gesichtspunkte hat eine wirklich nationale, weitblickende Politik der gesamten deutschen Nation kein größeres Interesse und keine größere Aufgabe als zu beweisen, daß sie imstande ist, die Verhältnisse in Zentraleuropa für lange Zukunft gerecht und stabil zu regeln und mit ihrer eigenen nationalen Idee auch die berechtigten nationalen Wünsche aller anderen hier wohnenden Nationen zu vertreten. Vom großen geschichtlichen Gesichtspunkte beurteilt, besteht absolut kein deutsches nationales Interesse, damit das tschechische Siebenmillionen-volk inmitten der Masse des deutschen Achtzigmillionen-volkes der Möglichkeit freier nationaler Selbstbestimmung und Entfaltung entbehren sollte, damit es durch große Sorge in die Hände der russischen Intrigen getrieben und zu einer dauernden Quelle der Unruhe gemacht werde. Das deutsche Volk ist viel zu groß, als es ein Lebensinteresse hätte, einem anderen Volke, mag es auch das kleinste sein, die Würzeln seiner nationalen Eigenart zu beschneiden. Aus der großen Perspektive der deutschen Gesamtinteressen zeigt sich auch die tschechische Frage etwas anders als von der kurzfristigen Perspektive unserer früheren kleinlichen Streitigkeiten und Kämpfe.

Politische Uebersicht.

Eine berechnete Warnung.

Im „Tag“ warnt Freiherr v. Jedlitz vor einer Ueberspannung unserer Volkskraft im Kriege, was nur zu berechnigt ist. Er schreibt u. a.:

„Vaterländisches Hochgefühl verlangt nach einer entsprechenden Weltmachstellung Deutschlands, in der Ueberzeugung, daß unsere Kraft für die Erreichung auch der höchsten Ziele ausreicht. Diese Ueberzeugung ist sicher wohl begründet. Ebenso begründet aber ist die Sorge, ob, wenn man sich das weltpolitische Ziel so hoch steckt, daß es nur mit vollster Anspannung unserer Volkskraft erreicht werden kann, in Verbindung mit den vorgeschilderten starken Ansprüchen (in innerpolitischer Beziehung) an diese nicht auf die Dauer eine Ueberspannung der Kraft zu befürchten sein würde. Stellte sich diese Befürchtung als begründet heraus, so läge darin eine ernste Gefahr gerade für Deutschlands Weltmachstellung. Denn diese lehrt, daß auf eine starke Ueberspannung der Volkskraft regelmäßig eine schwere Erschöpfung, und nach glänzendem Aufschwung als deren Wirkung ein starker Niedergang der Machtstellung folgt. Es mag zum Beweise aus der neueren Geschichte Europas nur an Spanien, die Niederlande und Schweden erinnert werden. . . .

Ein ähnliches Schicksal von Deutschland abzuwenden, liegt im dringendsten Interesse gerade derjenigen, die für unser Vaterland die ihm nach seiner kulturellen Bedeutung gebührende Machtstellung verlangen. Ein noch so glänzender Aufstieg, dem nur zu bald das Herabfallen zu einer Macht zweiten Ranges folgte, ist das gerade Gegenteil von dem, was von diesem Standpunkte erstrebenswert erscheint. Nur eine Weltmachstellung dauernder Art hat für uns Wirklichkeitswert. Ein langsamer, schrittweiser Aufstieg ist daher einem glänzenden Erfolge, der nur Augenblickswert hat, weit vorzuziehen.

Wenn es gilt, Weltmachtsbestrebungen in die Tat umzusetzen, dürfen wir uns also nicht verleiten lassen, in blindem Vertrauen auf unsere gewaltige Volkskraft die Ziele beliebig hoch zu stecken, sondern werden ernstlich und gewissenhaft zu prüfen haben, welche Leistungen neben den Ansprüchen, welche ohnehin der Wiederaufbau unserer weltwirtschaftlichen Stellung und der innere Ausbau an unsere Volkskraft stellt, unserem Volke zur Aufrechterhaltung seiner Weltmachstellung zugemutet werden können, ohne die Gefahr einer Ueberspannung und demnächstigen Erschöpfung seiner Kraft heraufzubeschwören. Aus dem Ergebnis dieser Prüfung folgt die im wohlverstandenen vaterländischen Interesse notwendige Begrenzung unserer weltpolitischen Strebungen. Jugendlichere Begeisterung liegen solche Gedanken freilich fern und erscheinen ihr unwürdig, aber dauernd erfolgreiche Weltpolitik ist reifen Mannes Werk, und auch hier gilt das Wort des Dichters: „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister.“

Diese Erkenntnisse wünschen wir vor allem von der Herrn von Jedlitz sehr nahestehenden „Post“ berücksichtigt zu sehen. Dort sind noch immer nicht die phantastischen Eroberungspläne aus den Spalten verschwunden, und selbst Herr von Jedlitz vergißt, wenn er in der „Post“ über Belgiens Schicksal und die Eroberung der „Freiheit des Meeres“ schreibt, nur zu sehr, was er im „Tag“ anderen verübelt.

Für Annexionen.

Trotz der Warnung des Freiherrn von Jedlitz vor Ueberspannung des Kriegszieles, wobei ihm allerdings nur die Rücksicht auf unsere Volkskraft, nicht grundsätzliche Erwägungen politischer Art leiten, vertritt die bürgerliche Presse nach wie vor ungeniert Annexionswünsche. So schreibt die „Post“:

„Die Volkstimmung, vertreten sowohl durch die wirtschaftlichen Verbände, wie zweifellos auch durch die überwältigende

Mehrheit der politischen Parteien, geht jedenfalls dahin, daß ganz abgesehen von Annexionsfragen, darunter im allgemeinen solche Maßnahmen zu verstehen sind, welche die Küste der Nordsee über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus gegen eine plötzliche Invasion englischer Truppen sichern. Sie geht auch dahin, daß unsere Vogelegrenze, wie unsere Ostgrenzen eines weiteren Schutzes bedürfen. In diesem Wirklichkeitsfinn des Volkes, der von jeder Utopie frei ist, kommt kein leitender Staatsmann mehr vorbei. Man braucht daher auch nicht zu fürchten, daß er mit dem unerklärlichen Glauben an den Wahrheitsfinn des Reichskanzlers in Zweifel tritt.“

Die letzten Worte richten sich wie der ganze Artikel an den Reichskanzler, um ihn davon zu überzeugen, daß seine früheren Worte über den von Deutschland zu führenden Verteidigungskrieg mit späteren Annexionen nicht in Widerspruch stehen würden.

Dem gleichen Zweck will auch ein Artikel der „Kreuzzeitung“ im Anschluß an eine Rede Scheidemanns in Solingen dienen:

„In einer im übrigen nicht unsympathischen Rede in Solingen hat der Abgeordnete Scheidemann erklärt, Paasches Pläne (über das Kriegsziel) wisse er entschieden zurück. Die Sozialdemokraten ständen zu dem Kaiserwort in der Thronrede vom 4. August: Wir wollen keinen Eroberungskrieg. Das wisse er ganz bestimmt, daß der Reichskanzler auch heute noch zu dieser Stelle der Thronrede halte. Während also die amtlichen Stellen es streng vermeiden, irgend etwas zu verlautbaren, was auf die Absichten der Regierung und des Reichskanzlers hinsichtlich ihrer Kriegsziele Rückschlüsse zuließe, wird der Reichskanzler hier von dem Abgeordneten Scheidemann für den sozialdemokratischen Standpunkt in Anspruch genommen, daß Gebietsveränderungen beim Friedensschlusse unzulässig seien. Wir glauben nicht, daß diese Voraussetzung zu Recht erfolgt, aber gerade deshalb sollte man Mittel und Wege finden, sie zu verhindern oder zurückzuführen. Die Benutzung auf die Thronrede ist durchaus hinfällig. Die betreffende Stelle der Thronrede lautet nicht: Wir wollen keinen Eroberungskrieg, sondern wörtlich: Uns treibt nicht Eroberungslust, uns befehlet der unbeugbare Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.“ Wir anderen Worten: Unser Motiv für den Eintritt in den Krieg ist kein offensives, sondern ein defensives. Es ist eine unlogische Umdeutung dieses Satzes, wenn man aus ihm den Entschluß oder gar das Versprechen herauslesen will, in jedem Falle von Eroberungen abzusehen. Wenn der unbeugbare Wille, unseren Platz für alle kommenden Geschlechter zu bewahren, ohne bestimmte Gebietsveränderungen schwer durchführbar erscheint, hindert uns die Tatsache, daß wir nur zu Verteidigungszwecken das Schwert gezogen haben, in keiner Weise daran, jene Gebietsveränderungen vorzunehmen.“

Es besteht gar kein Zweifel, daß die „unlogische Umdeutung“ von der „Kreuzzeitung“ vorgenommen worden ist. Aber ohne uns auf einen Streit um Worte einzulassen: Die Mehrheit des deutschen Volkes hat jedenfalls bei Kriegsausbruch die Waffen ergriffen, weil sie glaubte, einen Verteidigungskrieg führen zu müssen, und nur zu diesem Zweck hat das Volk bisher die großen Opfer auf sich genommen.

Vom Reichstag.

Die erste Sitzung des Reichstags findet bekanntlich am 18. Mai statt. Sie beginnt 2 Uhr nachmittags. Die soeben ausgegebene Tagesordnung lautet: 1. Erste Beratung der Rechnung über den Haushalt des Schutzgebietes Kiautschou für das Rechnungsjahr 1909. 2. Erste und eventuell zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen.

Der Gesetzentwurf über die Mietzinsforderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, des Gesetzes über die Zwangsversteigerungen und die Zwangsverwaltung und der Konkursordnung vor. Diese Änderungen zielen im wesentlichen darauf ab, das Verfügungsrecht des Eigentümers über die Mietszin zugunsten des neuen Erwerbers und der Hypothekengläubiger zu beschränken. Nach § 574 B.-G.-B. ist eine Verfügung, die der Vermieter vor dem Uebergang des Eigentums über den auf die Zeit vor Uebergang des Erwerbers entfallenden Mietzins getroffen hat, soweit wirksam, als sie sich auf den Mietzins für das zur Zeit des Ueberganges des Eigentums laufende und das folgende Kalendervierteljahr bezieht. Künftig soll die Beschränkung in der Verfügung über das folgende Kalendervierteljahr nur, dann eintreten, wenn der Uebergang des Eigentums innerhalb des letzten halben Monats eines Kalendervierteljahrs erfolgt. Die Änderung soll Schiebungen entgegenwirken und den Realcredit fördern.

Von der Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der die Rechte der Mieter regelt, die als Kriegsteilnehmer Miets nicht zahlen können, verlautet noch nichts. Ebenfalls von der Vorlegung eines Gesetzentwurfs über Arbeitsnachweise, über Arbeitslosgenfürsorge und Erweiterung des Lohnbeschlagnahmengesetzes. Die Verbesserung der Versorgung der Kriegsteilnehmer soll bekanntlich durch einen Gesetzentwurf erfolgen, über dessen Bestaltung die Budgetkommission am 11. Mai weiter beraten soll.

Verbot der roten Fahne.

Die Bremer Genossen feierten am 1. Mai das 25jährige Jubiläum ihres Parteiblattes. Zur Feier des Tages waren an beiden Fronten des Parteihauses rote Fahnen herausgestellt. Das Garnisonkommando ordnete nach der „Leipz. Volksg.“ die sofortige Einziehung der Fahnen an.

Zur Verhaftung der Genossin Luxemburg.

Wie wir bereits mitteilten, hatte der Rechtsbeistand der Genossin Rosa Luxemburg, Genosse Dr. Weinberg, gegen die unter Widerruf des gewährten Strafaufschubs erfolgte plötzliche Verhaftung unserer Genossin Beschwerde geführt und sich nach dem ablehnenden Bescheide des Frankfurter Oberstaatsanwalts an den Justizminister gewandt. Dieser hat jetzt dem Anwalt mitgeteilt, daß er „nach Prüfung des Sachverhalts keinen Anlaß gefunden“ habe, den Bescheid des Oberstaatsanwalts abzuändern. Zugendein Wort der Begründung ist diesem Bescheide nicht beigegeben.

Wie wir übrigens zu unserem Bedauern hören, ist der Gesundheitszustand unserer Genossin kein sehr befriedigender.

Steigende Lebensmittelpreise.

Nach einer Zuschrift an das „Berl. Tagebl.“ aus Bonn kosteten dort im August drei Pfund Schwarzbrot 0,40, heute kosten 3 1/2 Pfund 0,75 Mark. Der Zentner Kartoffeln ist in der gleichen Zeit von 3,50 auf 8,50 bis 9 Mark gestiegen. Speck stieg von 0,85 auf 1,60 Mark, Milch von 0,20 auf 0,24 Mark, Butter von 1,40 bis 1,75 Mark, Erbsen von 0,30 auf 0,70 Mark, Seife von 0,22 auf 0,45 Mark, Müll von 0,90 auf 1,80 Mark, Petroleum von

0,20 auf 0,72 M. Es wird dabei die Einschränkung gemacht, daß die Gemeinde heute ein Pfund Speck zu 1,80 M. und einen Zentner Kartoffeln zu 8,00 Mark an Minderbemittelte abgibt. Aber selbst wenn man diese kommunale Fürsorge berücksichtigt, bleibt die Steigerung der Lebensmittelpreise, bei denen noch nicht einmal der höhere Aufwand für Fleisch berücksichtigt worden ist, für die breite Masse der Bevölkerung sehr bedenklich. Es kommen natürlich noch andere Mehrkosten in Betracht. So weist der Verfasser darauf hin, daß für Stiefelsohlen früher 3,10, jetzt 3,00 M. gezahlt werden.

Die Preistreiberien auf dem Fleischmarkt.

Die Berliner Fleischhermung hat in ihrer abgehaltenen Monatsversammlung zur Verordnung, die für den Schweinehandel auf dem Berliner Viehmarkt die ausschließliche Notierung nach Lebendgewicht vorschreibt, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ mitteilt, nach längerer Debatte einstimmig die folgende Resolution angenommen: „Unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse sind die Preise für Schlachtvieh in das Ungemeine gestiegen. Dazu kommt, daß durch eine Verfügung des Handelsministers auf dem Berliner Schlachtviehmarkt plötzlich ohne Anhörung des Fleischer-gewerbes für Schweine der ausschließliche Einkauf nach Lebendgewicht unter ausdrücklichem Verbot der Notierung von Schlachtgewichtspreisen eingeführt ist, was nur geeignet ist, einem unsoliden Geschäftsbetrieb zuzuwenden der Fleischer-Vorhieb zu leisten und vor allem eine das Publikum irre-führende Verschleierung über die vom Fleischer-gewerbe gezahlten hohen Preise herbeizuführen. Die Phantasiereise, welche hauptsächlich die Schweine erreicht haben, und nicht annähernd dem wirklichen Wert des Schlachtviehes entsprechen, zwingen, auch für Fleisch und Fleischwaren Preise zu nehmen, deren Höhe im Interesse der Bevölkerung zu bedauern ist, für welche aber das Fleischer-gewerbe nicht verantwortlich gemacht werden kann.“

Durch das Verbot, den Preis für Schlachtgewicht zu notieren, erscheinen die Marktpreise plötzlich niedriger — natürlich nur schein-bar niedriger. In Wirklichkeit geht die Preistreiberie durch Land-wirte und Viehhändler weiter, da die Regierung sich noch immer nicht zum Erlaß von Höchstpreisen für Vieh und Fleisch ver-setzen kann.

Auch eine soziale Hilfsaktion.

Dem Beispiele anderer Städte folgend hat sich nun auch der Magistrat von Danzig zur Abgabe von Lebensmitteln ent-schlossen. Aber diese Maßnahme erfolgt unter so eigenartigen Um-ständen wie wohl nirgends anderswo. So gibt u. a. die Stadt amerikantisches Schmalz ab. Der Verkauf erfolgt infolgedessen zu dem von der Kommandantur zugelassenen Höchstpreis und dazu hat der Magistrat trotz einer Debatte in der Stadtkonferenzver-sammlung es ausdrücklich abgelehnt, die Namen der Kaufleute bekanntzugeben, bei denen dieses Schmalz zu kaufen ist. Jetzt kündigt der Magistrat den städtischen Verkauf von ein-gepökeltem Schweinefleisch an. Das Fleisch soll pro Pfund 1,25 M. kosten. Ein Selbstkostenpreis dürfte das kaum sein. Was jedoch der magistratischen Verfügung vollkommen den Charakter einer Hilfsaktion nimmt, ist der Umstand, daß dieses Fleisch nur in Wäffern von 373—436 Pfund Nettoinhalt verkauft wird. Ein solches Faß kostet 406—545 M. Von einer Hilfe für die notleidende Bevölkerung kann man da nicht mehr gut sprechen. Eher von einer Durchkreuzung des Willens der Regierung.

Kriegslasten der Städte.

Die Düsseldorf Stadtkonferenzversammlung erhöhte in ihrer Sitzung am Dienstagabend auf Antrag der Verwaltung den Kredit für die Auszahlung der Kriegsunterstützungen auf zwölf Millionen Mark. Anfang August v. J. wurde dieser Kredit auf drei Millionen Mark festgesetzt; Ende Dezember v. J. mußte er schon auf sechs Millionen Mark erhöht werden und bis jetzt sind bereits über sieben Millionen ausgegeben worden. Die Zahl der Kriegsunterstützungsfälle beläuft sich gegenwärtig in Düsseldorf auf 26 815; unterstützt werden 67 300 Per-sonen. Täglich werden 36 000 M., monatlich 1 080 000 M. für Kriegsunterstützungen verausgabt. Dabei sind die in Düsseldorf gezahlten Unterstutzungen keineswegs etwa besonders hohe, denn in der betreffenden Sitzung betonte ein Zentrum-Stadl-verordneter — unsere Genossen sind im Düsseldorf Stadtparlament nicht vertreten — ausdrücklich, daß die gezahlten Unterstutzungen zu den hohen Lebensmittelpreisen in keinem Verhältnis stehen und eine Erhöhung erfahren müßten. Diese Anregung fand bei der Verwaltung wenig Gegenliebe, ebenso sprach sie sich gegen die Ver-wahrung einer Leutenungszulage an die städtischen Arbeiter aus, er-läutete sich allerdings bereit, die Anregungen der Kommission prüfen zu lassen.

Neue Anleihen Oesterreich-Ungarns.

Der österreichische Finanzminister hat die Bedingungen für die neue Kriegsanleihe genehmigt, welche in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Der Bedarf wird in ähnlicher Weise wie im November 1914 durch die Ausgabe von 5 1/2 prozentigen Schatzscheinen gedeckt werden. Diese werden zehnjährige Laufzeit haben. Wie bei der ersten Kriegsanleihe wird der Betrag nicht begrenzt sein. Der Kurs wird mit 95 1/2 Prozent festgesetzt werden. In Ungarn werden zwei Typen der Anleihe ausgegeben: eine 5 1/2-prozentige Rente zum Kurse von 91 1/2 Prozent, zehn Jahre nicht lombardierbar, und eine 6-prozentige Kriegsanleihe zum Kurse von 91 1/2 Prozent, nicht lombardierbar vor Mai 1921.

Ein Kritiker des „Vorwärts“.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Unter diesem Titel wendet sich der „Vorwärts“ in seiner Nummer 117 vom 20. April 1915 gegen einen Artikel, den Genosse Winnig in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlicht hat. Die Redaktion des „Vorwärts“ teilt die Auffassung des Genossen W. nicht und wendet sich gegen sie in scharfer Weise. Das ist ihr gutes Recht. Sie benutzt jedoch die Gelegenheit, sich in allgemeinen Rede-wendungen gegen einen Teil der Führer der Gewerkschaften zu wenden und vor „gewissen Gewerkschaftsführern“ zu warnen.

Das geschieht, abgesehen von einigen Nebenbemerkungen, in folgenden Abschnitten des Artikels:
„Das ist ja ein sehr einfacher, aber freilich auch allzu durcheinander geworfener Text. Denn auch das einfache Gewerkschaftsmitglied begreift, daß die Gewerkschaften als solche ganz und gar nichts gemein haben mit revisionistischen Illusionen und politischen Schräullen eines Teiles ihrer Führer. Ganz im Gegenteil: man kann den Gewerkschaften selbst gar keinen besseren Dienst leisten, als wenn man die Gewerkschaftsmitglieder vor den politischen Irrwegen gewisser Gewerkschaftsführer warnt.“

Dieser Absatz ist in sich abgeschlossen. Der Einwand, das Zitat sei aus dem Zusammenhang gerissen, kann deshalb nicht er-hoben werden.

Wohin die „Vorwärts“-Redaktion das Mandat hat, die Gewerkschaftsmitglieder vor den politischen Irrwegen gewisser Gewerkschafts-führer zu warnen, ist mir ein Geheimnis. Obgleich ich über die Parteieinrichtungen recht gut unterrichtet bin, kenne ich von den Redakteuren des „Vorwärts“ nur drei. Von diesen hat einer Gewerkschaftsfragen theoretisch, der andere fast ausnahmslos polemisch abfällig und der dritte, so weit meine Kenntnis reicht, gar nicht behandelt. Gewerkschaftliche Praxis ist allen dreien erspart geblieben. Ob unter den mir nicht bekannten „Vorwärts“-Redakteuren solche sind, die tieferen Einblick in das Wesen und Wirken der Gewerkschaften haben, weiß ich nicht. Der „Vorwärts“ tut sich viel auf seine marxistische Reinheit und darauf zugute, daß er alle Dinge von der materialistischen Geschichtsauffassung aus betrachtet. Dann sollte er aber wissen, daß alle „Führerei“ für die Sache ist, wenn die „Geführten“ nicht mit dem Führer übereinstimmen. In den 28 Jahren, in denen ich in leitender Stellung in den Gewerkschaften Deutschlands mich befinde, ist mir nicht ein Fall bekannt geworden, in dem die Handlungen der leitenden Personen der Gewerkschaften nicht im Einklang mit der Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaften erfolgten. Wo tiefergehende Meinungsverschiedenheiten in ganz vereinzelten Fällen sich zeigten, trat der „Führer“ zurück oder es wurde ihm die Führung genommen.

Ich bin auch ein sogenannter „Gewerkschaftsführer“. Gehöre ich nun zu den „gewissen“, vor deren politischen Irrwegen die „Vorwärts“-Redaktion die Gewerkschaftsmitglieder warnen muß? Meine Kollegen werden voraussichtlich die gleiche Frage an die Redaktion stellen. Der „Vorwärts“ sollte nicht verärgern, sie klipp und klar zu beantworten. Dann wird sich ergeben, ob die Redaktion das Recht hat, in der allgemeinen Art, wie es hier geschehen, Verdächtigungen gegen „Gewerkschaftsführer“ in dem Zentralorgan der sozial-demokratischen Partei auszusprechen.

Es ist eine alte Methode, die, wie ich bemerken will, nicht vom „Vorwärts“ erfunden worden ist, daß einzelne Parteiführer oder Redakteure, denen die jeweilige Taktik in den Gewerkschaften nicht gefällt, einen Gegensatz zwischen „Führern“ und Gewerkschafts-mitgliedern konstruieren. Damit begünstigt der „Vorwärts“ sich in diesem Falle nicht. Er läßt einen Teil der Führer an „revisionistischen Illusionen“ und „politischen Schräullen“ leiden. Nach dieser allgemeinen Mißkreditierung eines Teiles der Führer“ kann jeder Leser des „Vorwärts“ sich nun die ihm passenden Objekte auswählen, falls er nicht vorzieht, die vom „Vorwärts“ konstruierten Begriffe auf alle Genossen anzuwenden, die an leitender Stelle in den Gewerkschaften stehen. Die Redaktion scheint die Wirkung solcher Angriffe zu unterschätzen. Oder liegt die Absicht vor, Gegensätze zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern und den mit der Leitung der Organisationen Betrauten hervorzuheben? Jeden-falls muß die „Vorwärts“-Redaktion etwas deutlicher werden, wenn diese Annahme nicht Wahn sein soll. „Vertriehen“ (ich entnehme das Wort dem Artikel des „Vorwärts“, mir ist es sonst nicht geläufig) hinter dem Ausnahmestand, der verhindert, das zu sagen, was gesagt werden müßte, kann es in diesem Falle nicht geben.

Berlin, den 4. Mai 1915.

E. Legien.

Die Verwahrung des Genossen Legien berührt uns einiger-maßen seltsam. Er findet in unserem 2 1/2 Spalten langen Artikel sechs Druckzeilen, in denen von den revisionistischen Illusionen gewisser Gewerkschaftsführer die Rede ist. Diese einzige Stelle reicht er aus der langen Auseinandersetzung heraus, um uns eines ungerechtfertigten Angriffs gegen die Gewerkschaftsführer zu zeihen. Ja, er fühlt sich sogar persönlich gekränkt, diemeilen auch er ein Gewerkschaftsführer ist.

Nun, gegenüber den von Winnig gegen den „Vorwärts“ gerichteten Angriffen ist das immerhin schon eine Abmilderung. Winnig behauptete ja vom „Vorwärts“, daß er den Gewerkschaften überhaupt feindlich gegenüberstehe. Legien macht's schon gnädiger. Seiner Meinung nach haben wir nur den Gewerkschafts-führern Abneigung bewiesen. In Wirklichkeit ist freilich auch diese Unter-stellung ebenso falsch.

Denn es ist uns, was Legien auch aus unseren Ausführungen her-auslesen mag, gar nicht eingefallen, die Gewerkschaftsführer in ihrer Gesamtheit politischer Schräullen zu verdächtigen oder gar „einen Gegensatz zwischen „Führern“ und Gewerkschaftsmitgliedern“ zu konstruieren. Wir haben von einem Teil der Gewerkschafts-führer gesprochen, als deren Wortführer sich ja Winnig selbst präsentierte. Winnig gehört ja auch zu den Gewerkschaftsführern, und wenn er es so darstellt, als ob er in seinen Kreisen keineswegs allein stehe, so haben wir nicht den geringsten Grund, an der Wichtig-keit seiner Darstellung zu zweifeln.

Für falsch freilich erklärten wir es, daß Winnig im Namen der Gewerkschaftler selbst, ja auch nur im Namen der Mehrheit ihrer Führer spreche.

Wie aber waren wir zu unseren von Legien zitierten Bemerkungen über gewisse Gewerkschaftsführer gekommen? Waren sie vom Jaun gebrochen? Entbehrten sie der Begründung? Im Gegenteil: sie waren uns durch Winnig selbst aufgedrungen worden. Es ist deshalb mindestens eine recht eigenartige Art der Polemik, daß Genosse Legien sich gegen den Inhalt eines willkürlich herausgegriffenen Satzes wendet, ohne auch nur im geringsten auf die Umstände und Voraussetzungen einzugehen, unter denen dieser Satz geschrieben wurde!

Wenn der Genosse Legien nun gar die inquisitorische Frage an uns richtet, ob auch er zu den Gewerkschaftsführern gehöre, vor deren politischen Irrwegen der „Vorwärts“ die Gewerkschafts-mitglieder warnen müsse, so hätte er sich diese Frage doch viel besser selbst beantworten können. Denn Legien weiß doch recht gut, von welchen politischen Illusionen und Irrwegen die Rede war. Wir haben ja den politischen Standpunkt Winnigs auf Grund verschiedener Artikel so deutlich als möglich zu kennzeichnen versucht. Als solche Illusionen und Irrwege charakterisierten wir Winnigs Auffassung vom Wesen der „neuen“ Internationale, von dem „neuen Staatsbürgergefühl“, das durch die Arbeiterbewegung der jüngeren Zeit in Deutschland emporgelommen sein sollte, kurz jene reform-mistischen, national-sozialistischen Ideen, wie sie Winnig in den von uns wiedergegebenen Zitaten entwickelte. Wer diese Ansichten und Bestrebungen Winnigs teilt, vertritt damit einen Standpunkt, den die deutsche Sozialdemokratie bisher in der schroffsten Weise miß-billigt und bekämpft hat. Den Verantwortern einer solchen Politik entgegenzutreten, haben wir für unsere Pflicht gehalten. Würde sich Legien zu Winnigs Auffassungen bekennen, so würde sich alles vom „Vorwärts“ Gesagte auch auf ihn beziehen. Teilt aber Legien Winnigs Ansichten nicht, so gehört er auch nicht zu der Gruppe der Gewerkschaftsführer, in deren Namen Winnig sprechen zu dürfen glaubte. Und was für ihn gilt, gilt für jeden seiner Kollegen.

Ob Legien sich zu Winnigs Standpunkt äußern wird, ist natür-lich seine Sache. Umgekehrt aber sollte Legien auch nicht von uns verlangen, daß wir jedem einzelnen Gewerkschaftsführer eine Art politischen Führungsattest ausstellen. Wir setzen uns mit politischen Auffassungen auseinander, nicht mit Per-sonen.

Auch nicht mit bestimmten Berufs-kategorien. Von Gewerkschaftsführern haben wir nur gesprochen, weil Winnig uns dazu nötigte, die Unterscheidung zwischen Gewerkschaften und — einzelnen — Gewerkschaftsführern zu machen. In der Politik, in der sozialdemokratischen Partei kennen wir keine Gewerkschaftsführer, sondern nur Partei-genossen. Deshalb haben wir gerade Winnigs irreführenden

Versuch, eine Art besonderer Gewerkschaftspolitik zu formulieren, mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Die Forderung der Lohnkämpfe ist Sache der Gewerkschaften. Auch auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung wird die Partei jederzeit die Erfahrungen und Anregungen der Gewerkschaften zu schätzen wissen. Aber die Gesamtpolitik der Partei kann nur durch die Partei selbst bestimmt werden. Die Gewerkschaftsmitglieder innerhalb der Partei haben hier nur als Parteigenossen, nicht als Gewerkschaftsvertreter Anspruch auf Mitbestimmungsrecht. Deshalb bezieht sich auch unsere Warnung vor den politischen Irrwegen gewisser Gewerkschaftsführer logischerweise nur auf die Gewerkschafts-mitglieder als Parteigenossen.

Wir glauben, daß diese klare Trennung der Person vom Amt, des Politikers vom Gewerkschaftsfunktionär und der Partei von der Gewerkschaftstätigkeit im Interesse beider Organisationen liegt. Denn jeder Versuch, die bisherige ideale und organisatorische Geschlossen-heit der Partei durch das Hineintragen spezifisch gewerkschaftlicher Einflüsse zu gefährden, würde rückwärtend den politischen Streit ja unfehlbar in die Gewerkschaften selbst hineintragen und dort min-destens ebenso zerlegend wirken.

Uns liegt etwas Derartiges — Genosse Legien mag sich darüber beruhigen — vollständig fern, aber wir werden uns auch gegen jeden Versuch, die Partei auf Abwege zu drängen, zu wehren wissen, gleichviel von wem dieser Versuch ausgehen mag.

Der Maiaufruf der französischen Metallarbeiter.

Wir veröffentlichen gern die Antwort, die das Exekutivkomitee des französischen Metallarbeiterverbandes auf das ins Ausland gedrungene Friedensmanifest deutscher Sozialdemokraten erteilt hat. Heute können wir eine Kundgebung bringen, die dieselbe Gewerkschaft zum 1. Mai in die Welt gefandt hat, und die denselben internationalen Geist atmet:

„Am 1. Mai vollendet sich der neunte Monat eines ... Krieges, wie er ohne Beispiel in der Geschichte ist.“

Neun Monate, während derer alles, was Menschengeist entdeckt hat, in den Dienst des Kampfes der Arbeiter gegen-einander gestellt worden ist, die gewohnt waren, sich am 1. Mai brüderlich zu vereinigen mit gemeinsamen Ge-danken über die Grenzen hinweg.

Am ersten Tage des Mai sagen wir, was wir am ersten Tage des Konflikts gesagt haben: „Dieser Krieg ist nicht unser Krieg.“

Dieser Krieg ist das Ergebnis einer Angriffspolitik des Imperialismus und des Militarismus, für die alle Regie-rungen mitverantwortlich sind. Wenn man uns erzählt, daß nur der preussische Militarismus den Krieg herborgerufen habe, so erwidern wir, daß es einen europäischen, einen Weltmilitarismus gibt, der aus dem Willen aller entstanden ist. ... Wenn sie, um unsere Kameraden zum Kampf bis zum bitteren Ende zu ermutigen, behaupten, dieser Krieg werde dem Militarismus ein Ziel setzen, so antworten wir, daß man damit dem Volke nur einen Köder hinhält, da der Militarismus das Streben hat, den Krieg zu überleben.

Wenn sie, verblendet durch denselben Imperialismus, den sie dem Feinde vorwerfen, anführen, Frankreich werde dadurch gewinnen, daß es sich die fremden Märkte des deutschen Handels sichert, so stellen wir die Absurdität solcher Behauptungen fest, indem wir darauf hinweisen, daß alle arbeitskräftigen Elemente in Frankreich entweder unter den Waffen stehen oder mit Kriegsarbeit beschäftigt sind. Hat es außerdem jemals ein sichereres Mittel gegeben, die deutschen Arbeiter aufs äußerste zu erdrosseln, den Konflikt zu ver-längern und die Keime eines neuen Krieges zu säen? Dieser imperialistischen Tollheit stellen wir eine Entente gegen-über mit freiem Austausch der Waren aller Nationen auf allen Märkten der Welt: eine Entente, zu der jeder einzelne Teilnehmer seinen eigenen Genius beisteuern soll, seine kom-merzielle Tätigkeit, die basiert ist auf der schöpferischen Kraft des Wohlstandes.

Wenn man diesen Krieg einen Krieg der Befreiung nennt, so weisen wir auf die erbarmungslose reaktio-näre Macht Rußlands hin, die jetzt noch ebenso un-berührt ist wie vor dem Kriege. Im Innern Rußlands wirken allenthalben die Kräfte der Reaktion im Sinne der moralischen und materiellen Unterjochung der ganzen russi-schen Arbeiterklasse, zum Vorteil des Kapitalismus und der rückwärts gerichteten Mächte der Vergangenheit.

Alle die, die als Neutrale in diesem Kriege versucht haben, über die Grenzen der Leidenschaften und Häßgefühle hinweg den Kriegführenden das Licht des Friedens-gedankens leuchten zu lassen, haben wir immer unserer Sympathie versichert und haben sie ermutigt, ihre An-strengungen fortzusetzen.

Das ist in großen Zügen unsere Haltung. Wir wollen zeigen, daß wir unwandelbar dem internationalen Sozialismus treu bleiben. In Übereinstimmung mit den Resolutionen der interna-tionalen Kongresse wollen wir, da wir nicht inslande waren, den Krieg zu verhindern, mit unserer ganzen Kraft für einen schnellen Friedensschluß arbeiten. Durch die ganze Welt laßt deshalb aller Grenzen ungeachtet hinfort den einen Ruf ertönen: „Friede!“

Kein militärischer Friede soll es sein, mit gewalttätigen Annexionen. Kein Friede mit imperialistischen Eroberungen, sondern ein Friede, der sich auf diesen Grundsätzen aufbaut: keine Annexionen.

Politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit jeder Nation. Abrüstung. Schiedsgerichtszwang.

Der ganzen Internationale sagen wir, daß dies unsere Haltung ist. Unser Gewissen ist rein. Wir sind überzeugt, unsere Pflicht zu tun in Übereinstimmung mit den tiefsten Grundgedanken und Ueberliefe-rungen der Gewerkschaftsbewegung und der Internationale. Wenn der Krieg vorüber ist, so hoffen wir, den Arbeitern der ganzen Welt sagen zu können: In jäherem, trübem und grauenhaften Tagen, in Tagen der Verheerung, der Insanie und der Lügen sind wir treu ge-blieben unserem Glauben, unserer Pflicht und dem inter-nationalen Sozialismus.“

Die Kundgebung ist deswegen besonders wertvoll, weil sie beweist, daß keineswegs die gesamte französische Arbeiterklasse in den an Nationalismus grenzenden Gedan-ken gängen befangen ist, wie sie vielfach in der „Humanität“ ver-treten werden.

Die Lebensmittelsteuerung in England.

Der englische Möbelarbeiter-Verband hatte im Januar beim Parlamentarischen Komitee des Gewerkschafts-Kongresses die Einberufung einer außerordentlichen Konferenz beantragt. Der Organisator des Verbandes, J. Bramley, teilte nun — wie wir dem „Nachblatt für Holzarbeiter“ entnehmen — in der Märznummer des Organs mit, daß sie bis jetzt noch keine Antwort auf ihr Ersuchen erhalten hätten, und führt dann aus:

„Es bestand niemals eine größere Notwendigkeit für die organisierten Arbeiter, durch eine allgemeine Zusammenkunft ihre unvereinbaren Ansichten auszudrücken über die verschiedenen vitalen Fragen, die jetzt ihre Interessen berühren. Verschiedene Vorstände haben unsere Forderung schon unterstützt, aber wenn wir nicht darauf bestehen, besteht die Möglichkeit, daß das Parlamentarische Komitee die Dringlichkeit des Zweckes und die Notwendigkeit, daß unser Antrag respektiert wird, überieht.“

Die Lebensmittel- und Kohlenfrage allein ist von genügender Bedeutung, um unsere sofortige und organisierte Wachsamkeit zu verlangen. Das Parlament der Arbeit muß zusammenberufen und die Gefühle und Ansichten der organisierten Arbeiter durch eine Erklärung der allgemeinen Politik und Absicht proklamiert werden. Ich wage zu behaupten, daß, wenn irgendeine Vereinigung von Unternehmern versucht hätte, die Löhne in dem Umfang herabzusetzen, wie es ausgedrückt wird durch die enorme Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung, die in den vergangenen sechs Monaten stattgefunden hat, die beteiligten Arbeiter in einem Zustand vereinigtener Empörung gegen den Versuch gewesen wären.

Wenn die Kosten der Lebenshaltung steigen, muß eins von zwei Dingen eintreten:

1. Die Löhne müssen verhältnismäßig erhöht werden, oder
2. die Arbeiter müssen ihre Lebenshaltung herabsetzen.

Ich weiß, daß die große Masse unserer Mitglieder nicht viele Luxusartikel verbrauchen, die sie entbehren können, und wenn eine Herabsetzung ihrer Lebenshaltung eintreten muß im Verhältnis zu den erhöhten Kosten der Lebenshaltung, werden sie in Armut verfallen, und einige Branchen unseres Gewerbes wird es nahe an die Grenze des Verhungerns bringen. Während dieser Zeit werden die Lebensmittelmonopolisten und der Kohlenring reich werden.

Wenn Patriotismus bedeutet, sich ruhig zu verhalten und zu erlauben, daß dieser Prozeß fortbauert, bin ich kein Patriot. Wenn Bürgerfrieden bedeutet, die Körper der Armen auszubügeln, um die Taschen der Reichen zu füllen, bin ich kein Anhänger der Einigkeit. Die Hauptsache für den Arbeiter, im Frieden wie im Kriege, ist zu leben und unter keinen Umständen die Folgen des Krieges ruhig zu ertragen und die Reichen noch reicher zu machen.

Ich hoffe, daß der Nationalkongreß der Arbeit einberufen wird und daß die vereinigte Stimme der Arbeit in dieser und anderen Dingen klar und deutlich sein wird.“

In der Aprilnummer seines Verbandsorgans berichtet J. Bramley, daß die Konferenz wegen der Nahrungsmittel- und Kohlenpreise in London stattgefunden hat. Er sagt darüber folgendes: „Diese Versammlung von Vertretern aus allen Teilen des Landes — einige von ihnen waren gelangt, um die Ansicht öffentlicher Körperschaften zu vertreten, wie zum Beispiel den Glasgower Magistrat, andere vertraten genossenschaftliche Vereinigungen, und die Majorität die Gewerkschaften des Landes — erklärte sich in aller Ruhe gegen den Kohlenring, gegen die Schiffbesitzer und die Lebensmittelmonopolisten. Im Uebermaße wurden Tatsachen beigebracht, die ohne jeden Zweifel beweisen, daß die Kriegskrisis dazu ausgenutzt wird, die Reichen noch reicher zu machen. Die Profite gehen in die Höhe im Verhältnis zu den erhöhten Preisen. Der Monopolist erntet reiche Erträge aus der nationalen Not. Ich hoffe, unsere Mitglieder werden jede Bemühung, die in ihrem Bezirk gemacht wird, um die Lebensmittelpreise herunterzubringen, unterstützen. Sie müssen arbeiten und kämpfen, um eine öffentliche Meinung zu erzeugen, die so stark ist, daß sie die Regierung zwingt, zwischen die Lebensmittel- und Kohlenmonopolisten und ihre Opfer zu treten und erklärt, daß diese nationale Krisis nicht die Gelegenheit des Reichen und der Fluch des armen Mannes bleiben darf.“

Gewerkschaftliches.

Ein Konflikt im rheinisch-westfälischen Grubenrevier!

Die Vorstände der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen der Bergarbeiter richteten am 26. März an den Rheinisch-westfälischen Zechenverband eine Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage. Jetzt endlich haben sie Antwort darauf erhalten, nicht ohne daß sie vorher um eine solche nachsuchen mußten.

Die Antwort lautet:

Zechen-Verband. Essen-Ruhr, den 27. April 1915. G. Nr. 1. 400.

1. An den Gewerbeverein der Bergarbeiter (G. V.),
2. H. von Herrn Franz Schmidt, Oberhausen (Rh.),
3. Bellemeierstr. 67.

Ihr Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage in Höhe von 60 Pf. für den verheirateten und 40 Pf. für den unverheirateten Arbeiter wird mir für die Belegschaften infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise gegenwärtig bescheidenen Schwierigen Lage wie mit dem Hinweis auf die amtliche Lohnstatistik begründet, die für das letzte Jahresviertel 1914 gegenüber dem 2. Viertel einen Lohnrückgang von durchschnittlich 19 Pf. für eine Schicht erkennen lassen.

Nach den Rückfragen, die wir bei den uns angeschlossenen Zechen gehalten haben, glauben wir, daß hierbei die durch den Krieg hervorgerufene Verschärfung in der Zusammenlegung der Belegschaft sowie die inzwischen bereits wieder eingetretene und sich seit Wochen ununterbrochen fortsetzende Erhöhung der Löhne nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Da uns das Ergebnis der Erhebungen, die über diese Fragen von den Zechenverwaltungen eingeleitet sind und die in Kürze zu erwartende Lohnstatistik für das erste Vierteljahr 1915 noch nicht vorliegen, möchten wir die zahlenmäßige Begründung unserer obigen Auffassung bis zum Fertigwerden dieser Unterlagen verschieben und werden demgemäß auf Ihre Eingabe zurückkommen.

Gegen die Gewährung einer Teuerungszulage sprechen nach den Ausführungen, die uns von den Zechenverwaltungen zugegangen sind, grundsätzliche Bedenken schwerwiegender Art.

Die beantragte Zulage von 40 bis 60 Pf. für die Schicht würde die Förderung etwa um 50 bis 75 Pf. für die Tonne vermindern, bei der großen Ungleichheit in der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Bergbaugesellschaften unseres Bezirkes den meisten Zechen jede Verdienstmöglichkeit nehmen und vollends

nicht zu fragen sein von solchen Werken, die schon jetzt mit Verlust arbeiten.

Zum andern wird auch eine gerechte und billige Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahme wegen der Verschiedenheit in der Höhe der verdienten Löhne und der Lebensmittelpreise für unmöglich gehalten und auch darauf hingewiesen, daß das Interesse, aus eigener Kraft für die Möglichkeit gleicher und erhöhter Lebenshaltung zu sorgen, individuell recht verschieden sei.

Schließlich ist es eine bekannte Tatsache, daß derartige schematische Lohn erhöhungen leicht verhängend auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensunterhaltes wirken.

Blind auf!

Zechenverband.

Der Vorstand: Jüngerberg. Die Geschäftsführung: Löwenstein.

Die Antwort ist total unverständlich, wenn man weiß, daß vom 1. April 1915 ab die Zündstoffs-Nichtpreise um 1,25 bis 2,25 M. pro Tonne, die Verkaufspreise des Zündstoffs-Kohlenspektors sogar bis zu 4 M. erhöht worden sind. Dabei wurden schon im ersten Quartal 1915 sehr ansehnliche Ueberschüsse erzielt und auch im letzten Quartal 1914 wirtschafteten die Zechen pro Tonne Förderung einen höheren Ueberschuß heraus als im gleichen Zeitraum des Jahres 1913. Wie da die gewünschte Teuerungszulage „den meisten Zechen jede Verdienstmöglichkeit nehmen“ soll, ist unverständlich. Man kann nur sagen, daß die Zechen diese kleine Aufbesserung der Bergarbeiterlöhne bequem zu tragen vermögen.

Die Behauptung des Zechenverbandes, daß derartige Lohn erhöhungen leicht „verhängend auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensunterhaltes wirken.“ Klingt außerdem beinahe wie eine Verhöhnung der Bergleute. Ist doch die Kohlenpreiserhöhung der gewünschten Teuerungszulage vorangegangen und auch die Lebensmittelpreise sind ohne Rücksicht darauf gestiegen, daß zahllose Angestellte und Arbeiter sich bei Ausbruch des Krieges Abzüge von ihrem Einkommen machen lassen mußten. Diese Erhöhung der Preise hat ja gerade den Wunsch nach Teuerungszulagen aufkommen lassen, ja hat ihre Gewährung zur zwingenden Notwendigkeit gemacht.

Die Vorstände der Bergarbeiterverbände haben denn begrifflicher Weise auch nicht die Absicht, sich mit dem erhaltenen abnehmenden Bescheid zufrieden zu geben. Sie betrachten die Angelegenheit durchaus nicht als erledigt und werden weitere Schritte tun.

Deutsches Reich.

Keine Arbeiter aus russisch-Polen mehr.

Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise gibt bekannt, daß nach Mitteilung des Arbeitsamtes des Kaiserlich Deutschen Polizeipräsidenten Lody die Nachfrage nach Arbeitskräften aus russisch-Polen außerordentlich stark gewesen ist, weshalb für die nächste Zeit Aufträge auf Beschaffung von Arbeitskräften keinerlei Aussichten auf Verwirklichung mehr haben.

Der Bericht des Zapeziererverbandes für das Jahr 1914 zeigt, daß auch in diesem Zuge der Krieg neue, anormale Verhältnisse schuf. Das Jahr 1913 schloß mit 10 164 Mitgliedern, Ende 1914 ergab sich aber nur ein Mitgliederbestand von 5614. Der Verlust an Mitgliedern beträgt also gegen das Vorjahr 4550 Mitglieder. Hier von waren allerdings am Jahresabschluss 3393 Mitglieder als zum Militär eingezogen bekannt. Es blieben also nur noch 1157 Mitglieder als Verlust zu buchen, deren Zahl sich noch bis auf etwa 1000 dadurch vermindern mag, daß eine Anzahl Eingezogener der Verwaltung als solche nicht gemeldet wurden.

Die Zahl der Lohnbewegungen hat sich ebenfalls stark vermindert. Hier auf hat der Krieg jedoch weit weniger entscheidend gewirkt. Wenn der Gesamtumfang der Bewegungen 1914 verhältnismäßig klein war, so erklärt sich dieses einmal aus der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, dann aber — und dieses war vor allem entscheidend — aus dem Stand der Tarifverträge im Zapezierergewerbe, die jetzt etwa 80 Proz. aller im Beruf beschäftigten Arbeiter umfassen; für 1914 war die Zahl der ablaufenden Tarifverträge verhältnismäßig gering. Trotzdem fanden im Jahre 1914 51 Bewegungen mit 2209 Beteiligten statt. 1913 der an den Bewegungen Beteiligten erhielten die Forderungen ohne Streik bewilligt, während insgesamt 416 Mitglieder streikten. Tarifverträge wurden 1914 27 für 700 Betriebe mit zusammen 1937 Zapezieren abgeschlossen. Auch hier zeigt sich eine Verminderung gegen die Vorjahre. Im ganzen bestanden am Jahresabschluss 123 Tarifverträge, die sich auf circa 4217 Betriebe mit 18 214 Arbeitern erstreckten.

Recht überraschend gestellte sich für die Zapezieren im Jahre 1914 der Arbeitsmarkt. Die ersten Monate des Jahres brachten noch eine wesentliche Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Erst vom April ab zeigte sich dann eine Besserung. Statt der für den Herbst erwarteten und erhofften weiteren Verbesserung brachte dann aber der Krieg ein ungeheures Anwachsen der Arbeitslosen Zahl. Obgleich Tausende der Verbandsmitglieder zu den Fahnen gerufen wurden und obgleich viele von ihnen bei der Herstellung von Patronen Arbeit gefunden hatten, waren Ende August fast 40 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Es schien, als sei der Verband ganz außerstande, die plötzlich entstehenden finanziellen Verpflichtungen längere Zeit tragen zu können. Aber schon nach den ersten beiden Kriegsmontaten ebnete die Arbeitslosigkeit ab. Das Zapezierergewerbe lag noch wie vor völlig danteder; aber es bot sich jetzt in der Leder- und Schuhindustrie eine Arbeitsgelegenheit, die bei Kriegsausbruch keiner einschätzen konnte. In den letzten Monaten des Jahres absorbierte die Rüstungsindustrie die arbeitslosen Mitglieder des Verbandes so stark, daß die Zahl der Arbeitslosen weit unter den gewöhnlichen Durchschnitt sank. In den sonst so gefährlichen Wintermonaten war die Durchschnittsziffer der Arbeitslosen viel geringer als in normalen Jahren.

Diese günstigen Verhältnisse entlasteten die Verbandskasse ungemein, so daß der Rechnungsabschluss für 1914 günstiger ist, als jeder von uns in den ersten Kriegsmontaten erwarten konnte. Der Krieg hat natürlich Einnahme und Ausgabe stark beeinflusst. Durch den Kapitalberückgang ging der Markenabzug gegen das Vorjahr um 114 395 Stück zurück. Andererseits erforderten die Unterstützungsarbeiten viel höhere Aufwendungen. Die Arbeitslosenunterstützung stieg auf 128 020 M. Wenn trotzdem die Hauptkasse bei Jahresabschluss noch 168 094 M. auswies, so ist die gegen die Vorjahre stark verminderte Ausgabe für Lohnbewegungen zu beachten. Andererseits wurden an der Zeitung, gehalten, Agitation wesentliche Erträge erzielt. Der Rückgang der Hauptkasse beträgt 88 462 M. In den Lokalkassen waren bei Jahresabschluss 131 106 M. Das Gesamtvermögen betrug also 299 800 M.

Für die Kriegsteilnahme bezug ihre Familien wurden bis Jahresabschluss 40 575 M. ausgegeben. 200 Mitglieder sind als gefallen gemeldet.

Ausland.

Arbeitslosigkeit in Amsterdam.

Von 27 234 Mitgliedern der Amsterdamer Arbeitsbörse sind 8949 gänzlich arbeitslos, 2088 teilweise, 2833 stehen unter Waffen. In Prozenten ausgedrückt, sind also 32,8 bzw. 7,6 und 14,4, im ganzen 54,8 Prozent gänzlich oder teilweise ihrem Brotterwerb entzogen.

Die Einheit der englischen Arbeiterbewegung.

Die in den letzten Jahren heftig strittene Frage einer größeren Zusammenfassung der Kräfte innerhalb der englischen Arbeiter-

Bewegung ist durch den Krieg ihrer Lösung beträchtlich näher gebracht worden. Arbeiterpartei, Gewerkschaftsbund und Genossenschaften arbeiten schon seit Kriegsbeginn in vielen Körperchaften zusammen. Schon früher war der Plan eines organisatorischen Zusammenwirkens von den ersten beiden Gruppen gutgeheißen, vom Genossenschaftstage aber gegen den Rat seiner Leitung abgelehnt worden. Dem am 21.—23. Mai in Leicester tagenden diesjährigen Genossenschaftstage werden ähnliche Vorschläge vorliegen, die dieses Mal eine Aussicht auf Annahme haben. Es wird die Bildung eines gemeinsamen und dauernden Komitees vorgeschlagen, das 1. eine bessere gegenseitige Verständigung und größeres Interesse an den anderen Organisationen herbeiführen soll; 2. unterstützen soll, wie genossenschaftliche Produktion und Bankwesen ausgebaut und die überschüssigen Gelder der einzelnen Gruppen besser angewendet werden können; 3. unterstützen soll, ob auch während größerer Lohnkämpfe die Weiterlieferung von Nahrungsmitteln und Fortzahlung der Unterstützungen usw. möglich ist; 4. bei wichtigen sozialen Fragen besondere Konferenzen organisieren soll, und 5. ein gemeinsames Vorgehen in sozialpolitischen bzw. solchen gesetzgeberischen Fragen ermöglichen soll, welche gemeinsame Verührungspläne bieten.

Die Lodzer Metallarbeiterorganisation.

Dem in Lodz erscheinenden polnischen Blatt „Nowy Kurjer Lodzki“ (Nr. 94 vom 7. April 1915) zufolge fand Anfang April die Jahresversammlung der Mitglieder der in Lodz existierenden freien Gewerkschaft der Metallarbeiter statt. Nur wenige Mitglieder erschienen. Aus dem vorgelegten Bericht ging hervor, daß die Tätigkeit der Organisation im Jahre 1914 recht schwierig war. Nach dem Kriegsausbruch blieb der Verbandsvorstand ohne jegliche Geldmittel. In der Metallbranche trat vollständiger Stillstand ein, die Maschinenfabriken, Gießereien, Schlosserwerkstätten u. dergl. wurden geschlossen, die Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Betriebes derselben hörte auf. Alle in der Metallbranche beschäftigten Arbeiter wurden dadurch jeglichen Verdienstes beraubt. Nach Sammlung eines Gründungskapitals von 198 Rubel errichtete der Verbandsvorstand eine billige Arbeiterkassa für die Verbandsmitglieder. Es werden in derselben jetzt monatlich bis 35 000 Mittageffen zu 8 Kopfen und bis 5000 unentgeltlich verabfolgt. Eine lebhaft diskutierte bei einem Antrag auf Errichtung einer Lebensmittelgenossenschaft ein. Die ins Leben zu rufende Genossenschaft soll ihren besonderen Vorstand haben. Seine Aufgabe soll der Einkauf von Lebensmitteln und deren Vertrieb zu möglichst niedrigen Preisen sein. Er soll sich auch mit Werbung neuer Mitglieder befassen, um auf diese Weise das Betriebskapital ständig vergrößern zu können.

Wir ersehen daraus, daß die Lodzer Metallarbeiter bestrebt sind, auf dem Wege der Selbsthilfe der schrecklichen Not ihrer Kollegen während der Kriegszeit entgegenzutreten.

Aus Industrie und Handel.

Die Darlehnskassen.

Die Hauptverwaltung der Darlehnskassen erlattet jetzt Bericht über ihre Tätigkeit im Kalenderjahre 1914. Wir entnehmen diesem folgende Ausführungen: „Auf Grund des Darlehnskassengesetzes vom 4. August 1914 wurden sofort nach dessen Verabschiedung in Berlin und an denselben Orten innerhalb des Reiches, an welchen sich Reichsbankhauptstellen und Reichsbankstellen befinden, Darlehnskassen errichtet. Außerdem wurden an geeigneten Orten zur Vermittlung der Darlehnskassengeschäfte Hilfsstellen eröffnet. Am Schluß des Jahres 1914 bestanden 99 Darlehnskassen, 127 Hilfsstellen. Die Gesamtsumme der Darlehnskassen in den Monaten August bis Dezember 1914 haben betragen:

in Berlin	2 086 886 844 M.
bei den übrigen Darlehnskassen	2 757 503 188
zusammen	4 704 389 032 M.

Durch das Darlehnskassengesetz vom 4. August 1914 war der Höchstbetrag der auszubehenden Darlehnskassenscheine zunächst auf 1,5 Milliarden Mark begrenzt. Diese Grenze hat später durch Beschluß des Bundesrats eine Erweiterung auf 3 Milliarden Mark erfahren. Die tatsächliche Inanspruchnahme der Darlehnskassen hat bei weitem nicht diesen Umfang angenommen, trotzdem die Lombarddarlehen der Reichsbank zum größten Teil auf die Darlehnskassen übergeführt wurden und die Vollzahlung der 4400 Millionen Mark betragenden ersten Kriegsanleihe in die Verichtsperiode fiel. Die Höchstsumme der im Jahre 1914 bei den Darlehnskassen jeweils ausstehenden Darlehen belief sich nur auf 1,3 Milliarden Mark. Obwohl am Tage der Eröffnung der Darlehnskassen am 3. August, bereits für 4,2 Milliarden Mark Darlehen erteilt werden konnten, hielt sich doch die Inanspruchnahme der Darlehnskassen in den ersten Wochen in verhältnismäßig engen Grenzen. Nach Verlauf eines Monats, am 7. September, bezifferte sich die Summe der ausstehenden Darlehen erst auf 242,9 Millionen Mark. Ende September auf 478,8 Millionen Mark. Die Anfang Oktober einsetzende sprunghafte Entwicklung rührt her von der Inanspruchnahme der Darlehnskassen seitens der Zeichner der Kriegsanleihe.

Sieht man von den an die Zeichner der Kriegsanleihe gewährten Darlehen ab, so wurde der Kredit der Darlehnskassen von anderer Seite auch im letzten Vierteljahr in nur sehr geringem Umfang in Anspruch genommen. Der Bestand an solchen Darlehen schwankte zwischen 421 Mill. M. (am 15. Oktober) und 242 Mill. M. (am 23. November).

Der Darlehnsbestand vom 31. Dezember 1914 betrug:

in Berlin	389 145 064 M.
bei den übrigen Darlehnskassen	928 006 735
insgesamt	1 317 151 799 M.

Bis zum Jahresabschluss wurden an die Reichsbank abgegeben

Darlehnskassenscheine:	
zu 1 M. im Betrage von	76 700 000 M.
„ 2 „ „ „ „	200 000 000
„ 5 „ „ „ „	233 500 000
Hier von waren am Jahresabschluss im freien Verkehr:	
zu 1 M.	65 540 824 M.
„ 2 „	135 801 226
„ 5 „	225 401 810

In freien Verkehr waren am Jahresabschluss außerdem noch Darlehnskassenscheine zu 20 M. im Betrage von 19 089 020 M. Die Summe der im Jahre 1914 bei sämtlichen Darlehnskassen aufgegebenen Schecks beläuft sich auf 16 478 598 M. Die Summe der im Jahre 1914 entstandenen Verwaltungskosten beträgt insgesamt 781 845 M. In dieser Summe sind die im Jahre 1914 für die Anfertigung von Darlehnskassenscheinen bezahlten Kosten in Höhe von 285 452 M. enthalten.

Vom Konzen der Scheidemandel A.-G.

Die von Berliner Fleischermeistern und Gastwirten mit einem Kapital von einer Million Mark begründete Gemische Fabrik „Merkur“ G. m. b. H. zur Bewertung der in ihren Betrieben abfallenden Knochen führt, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ mitteilt, Verhandlungen zwecks Angleichung an die Scheidemandel A.-G. Aktiengesellschaft.

Die Scheidemandel A.-G. strebt seit langem nach dem Monopol in der Knochenverwertungs-Industrie. Durch zahlreiche Fusionen und Interessengemeinschaften, in deren Reihe die geplante Aufnahme des „Merkur“ ein neues Glied bildet, hat die Scheidemandel A.-G. sich bereits einen hervorragenden Einfluß auf die österreichische und deutsche Knochenverwertungs-Industrie gesichert.

Proffarte und Buchdruckereien.

Die Industrien, deren Produkte jetzt im Kriege viel nachgefragt werden, haben die ihnen günstige Situation oft in un-

erbörter Weise aus. Auf einen beratigen Fall macht eine Zuschrift an ein Fachorgan der Buchdrucker aufmerksam. Die Papierfabriken verlangen von den Buchdruckern, daß Lieferungen von Brotpapierkarten drei bis vier Monate vor Ausführung fest bestellt werden müssen. Für Brotpapierkarten, der in der zweiten Hälfte des Augusts eventuell in Gebrauch käme, soll schon jetzt der Auftrag fest aufgegeben werden. Obgleich noch gar nicht sicher ist, daß das Brotpapierkarten noch im Herbst bestehen wird, sollen die Buchdruckereien den Papierfabriken das volle Risiko abnehmen, so daß den Fabriken bei den stark gestiegenen Papierpreisen ein besonders hoher Gewinn sicher zufällt.

Anfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

Die neuesten Rechnungsergebnisse der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind erst jetzt erschienen, also später als in den bisherigen Jahren. Sie beziehen sich auf das Jahr 1913 und haben eine besondere Bedeutung, weil sie die Verhältnisse in dem letzten Jahre vor dem Kriege darlegen und deshalb in Zukunft zur Vergleichung der alten Verhältnisse mit denen nach dem Frieden herangezogen werden müssen. Einem glücklichen Zufall verdanken wir es, daß auch die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften jetzt nach dem neuen Vordruck zusammengestellt sind, wie er durch die Neuerungen der Reichsversicherungsordnung notwendig geworden ist. Dadurch werden in Zukunft die Vergleiche mit dem Stand der Dinge im Jahre 1913 erleichtert.

Um einen Überblick über die Entwicklung der Unfall- und Invalidenversicherung zu geben, fügen wir den wichtigeren Zahlen die Angaben aus den Rechnungsergebnissen der früheren Jahre hinzu.

In der Unfallversicherung

waren im Jahre 1913 die Träger der Versicherung: 68 gewerbliche Berufsgenossenschaften, 14 Zweiganstalten, 49 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 192 staatliche Ausführungsbehörden, 864 Ausführungsbehörden von Gemeindeverbänden und Gemeinden. In den gewerblichen Berufsgenossenschaften war die Zahl der versicherten Betriebe:

828 335 im Jahre 1913	743 823 im Jahre 1911
762 006 " " " 1912	659 985 " " " 1906

Zahl der versicherten Personen:

10 680 487 im Jahre 1913	9 846 590 im Jahre 1911
10 178 577 " " " 1912	8 625 500 " " " 1906

Sehen wir 800 Arbeitstage oder Arbeitsschichten gleich einem Vollarbeiter, so war die Zahl der versicherten Vollarbeiter:

9 476 288 im Jahre 1913	8 653 302 im Jahre 1911
9 011 370 " " " 1912	7 512 728 " " " 1906

Für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind wieder die Zahlen der Betriebsstatistik im Jahre 1907 eingeleitet:

5 485 800 versicherte Betriebe mit 17 403 000 versicherten Personen.	
Von den Reichs-, Staats- sowie gemeindlichen Ausführungsbörden waren versichert:	
1 071 054 Personen im Jahre 1913	1 001 071 Personen im Jahre 1911
1 082 028 " " " 1912	912 642 " " " 1906

Das Vermögen der Berufsgenossenschaften betrug:

576,2 Mill. M. im Jahre 1913	529,9 Mill. M. im Jahre 1911
555,5 " " " 1912	270,8 " " " 1906

Zahl der gemeldeten Unfälle:

789 373 im Jahre 1913	716 584 im Jahre 1911
742 422 " " " 1912	645 588 " " " 1906

Zahl der Unfälle, für die zum ersten Male Entschädigung gezahlt worden:

139 633 im Jahre 1913	182 114 im Jahre 1911
137 089 " " " 1912	139 726 " " " 1906

In der gewerblichen Unfallversicherung kamen auf 1000 Vollarbeiter: 7,77 Verunglückte, für die zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind. Das ist seit dem Jahre 1902 der niedrigste Stand. Der höchste Stand war im Jahre 1905 mit 9,89. Unfälle mit tödlichem Ausgang kamen auf 1000 Vollarbeiter im Jahre 1913: 0,71 gegen 0,65 im Jahre 1910, dem Jahre mit dem niedrigsten Satz, und 0,79 im Jahre 1907, dem Jahre mit dem höchsten Satz. Gesamtsumme der ausgezahlten Entschädigungen in der ganzen Unfallversicherung:

175,4 Mill. M. im Jahre 1913	170,0 Mill. M. im Jahre 1912
165,4 " " " 1911	142,4 " " " 1906

Auf jeden zu entschädigenden Unfall kam durchschnittlich eine Entschädigung von 173,46 M. Das ist seit 1893 der größte Betrag, wogegen das Jahr 1899 den kleinsten Betrag aufweist: 144,37 M. Der Betrag ist in der gewerblichen Unfallversicherung mit 238,46 M. erheblich größer als in der landwirtschaftlichen mit 80,21 M.

Für die Unfallversicherung endlich haben die Berufsgenossenschaften ausgegeben:

2 680 529,14 M. im Jahre 1913	2 880 718,84 M. im Jahre 1911
2 430 492,04 " " " 1912	1 549 738,41 " " " 1906

In der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung

betrug die Einnahme der Versicherungsanstalten aus Beiträgen:

262,8 Mill. M. im Jahre 1913	192,6 Mill. M. im Jahre 1911
248,5 " " " 1912	166,5 " " " 1906

Durchschnittliche Höhe des Wochenbeitrages in den Versicherungsanstalten:

34,91 Pfennig im Jahre 1913	26,23 Pfennig im Jahre 1911
34,98 " " " 1912	24,46 " " " 1906

Zahlungen an die Versicherten oder deren Hinterbliebene:

188,5 Mill. M. im Jahre 1913	179,2 Mill. M. im Jahre 1911
178,6 " " " 1912	151,4 " " " 1906

Der durchschnittliche Jahresbetrag war:

bei den Invalidenrenten:	
195,40 M. im Jahre 1913	180,09 M. im Jahre 1911
186,98 " " " 1912	162,88 " " " 1906
bei den Krankenrenten:	
208,56 M. im Jahre 1913	192,28 M. im Jahre 1912

bei den Altersrenten:

167,— M. im Jahre 1913	165,30 M. im Jahre 1913
166,18 " " " 1912	160,80 " " " 1906

bei den Witwenrenten:

0,70 M. im Jahre 1913	
bei den Witwen- und Witwerrenten:	
77,68 M. im Jahre 1913	77,07 M. im Jahre 1912

bei den Witwenrenten:

78,12 M. im Jahre 1913	77,55 M. im Jahre 1912
------------------------	------------------------

bei den Waisenrenten:

80,12 M. im Jahre 1913	80,90 M. im Jahre 1912
------------------------	------------------------

bei den Witwengeldern:

76,45 M. im Jahre 1913	75,58 M. im Jahre 1912
------------------------	------------------------

bei den Waisensparnissen:

22,24 M. im Jahre 1913	22,20 M. im Jahre 1912
------------------------	------------------------

Das Reinvermögen der Versicherungsanstalten und Sonderanstalten betrug:

2 105 Millionen Mark am Schlusse des Jahres 1913
1 920 " " " 1912
1 776 " " " 1911
1 824 " " " 1906

Die Zahlen beweisen, daß die Reichsversicherung auch in den letzten zehn Jahren an Umfang erheblich zugenommen hat.

Soziales.

Die Träger der Invalidenversicherung im Kriege.

Das Reichsversicherungsamt hat in Nr. 4 des „Reichs-Arbeitsblatts“ eine Uebersicht gegeben, was die Landesversicherungsanstalten — so heißen die Träger der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung — bis Ende Februar 1915 für Kriegswohlfahrtszwecke verausgabt haben.

Am 31. August 1914 hatten sich die Vorgesetzten der Landesversicherungsanstalten dahin geeinigt, daß von dem rund 2105 Millionen Mark betragenden Vermögen der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung bis zu 100 Millionen Mark für solche Zwecke verwendet werden sollen. Bis Ende Februar waren davon ausgegeben:

an das Rote Kreuz	M. 814 167
für Wollkäse u. sonstige Liebesgaben an das Heer	1 339 899
für Unterstützung Arbeitsloser u. Hilfsbedürftiger an die Provinz und Landesversicherungsanstalt Ostpreußen	M. 294 000
für die Kriegerversicherung von Kriegsteilnehmern	95 231
für Lazarettzwecke	378 126
für Hinterbliebene der Kriegsteilnehmer	305 781
sonstige Zwecke	564 674
Zusammen	M. 7 133 248

Ein ansehnlicher Teil dieser Ausgaben ist demnach für Zwecke gemacht, die über den Rahmen der eigentlichen Wohlfahrtszwecke hinausgehen, vielmehr der besseren Verpflegung von Kriegsteilnehmern dienen. Auch neuerdings sind ähnliche Aufwendungen gemacht, z. B. 500 000 M. für wasserfeste Umhänge usw.

Die genannte Summe von 7 133 248 M. umfaßt indes bei weitem nicht alle bisher gemachten Ausgaben. Dazu kommen noch die Zinsausfälle, die die Landesversicherungsanstalten haben, indem sie an Gemeinden und Gemeindeverbände Darlehen zu einem niedrigeren Zinssfuß gewähren, als sie selbst für die Beleihung ihrer Wertpapiere geben müssen. Nicht gering sind ferner die Aufwendungen, die sie insofern machen, als sie in ihren Krankenhäusern, Genußheimen und Heilstätten verwundete und erkrankte Krieger unterbringen.

Abgesehen von den für die Kriegswohlfahrtspflege vorgesehenen 100 Millionen Mark wird den Landesversicherungsanstalten eine dauernde Belastung durch die Renten an verstummelte Kriegsteilnehmer und an die Hinterbliebenen Gefallener entstehen, deren Höhe noch nicht geschätzt werden kann.

Tätlichkeiten zwischen Lehrmeister und Lehrling.

Prügel, Ohrfeigen, überhaupt körperliche Züchtigungen sind sehr ungeeignete Erziehungsmittel. Bessernd werden sie wohl nie wirken. Aber das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung tritt oft ein, besonders wenn man junge Leute, die den Kinderjahren bereits entwachsen sind, durch körperliche Züchtigung glauben zu können. Ein Fall dieser Art wurde vor dem Gewerbegericht verhandelt.

Der Buchdruckermeister Lenz, ein bejahrter Herr, hatte seinen Lehrling Berg geohrfeigt, weil Berg sich weigerte, ausstillweise als Radfahrer Potendienst zu tun. Dagegen hatte der Vater des Lehrlings Einspruch bei Herrn Lenz erhoben. Als ich darauf ins Geschäft kam — erzählte Herr Lenz — grüßte mich der Junge höhnisch an. „Was?“ — sagte ich — „Du willst Deinen Lehrmeister auslachen?“ und gab ihm eine Backpeife. Nun sprang der Junge auf mich zu und schlug mit zweimal ins Gesicht, so daß mir die Brille herunterfiel. Der Junge rannte nun sofort nach Hause. Das war sein Glück. Wenn ich ihn erwischt hätte, dann wäre es ihm schlecht gegangen.

Lehrling und Lehrmeister klagten nun beide auf Lösung des Lehrverhältnisses. Der Meister will außerdem von dem Lehrling eine Vertragsstrafe haben, die er anfangs auf 150 M. bemah, dann aber auf 75 M. ermäßigte. Der von Herrn Lenz vorgetragene Tatbestand wurde von dem Lehrling nicht bestritten. Der Junge macht übrigens nicht den Eindruck eines Menschen, der zu Gewalttätigkeiten neigt. Still und verschränkt stand er vor den Schranken des Gerichts, während seine Mutter mit großer Jungensfertigkeit seine Sache vertrat. Sie betonte, daß ihr Sohn keineswegs aus Bosheit sich an seinem Meister vergreifen habe. Nur in plötzlicher Erregung wegen der erhaltenen Ohrfeige habe sich der Junge soweit vergessen, daß er nicht mehr wußte, was er tat.

Diese Auffassung teilte auch das Gericht. Es machte deshalb dem Lehrmeister den Vorschlag, sich in Vergleichswege mit einer Vertragsstrafe von 20 M. zu begnügen. — Aber davon wollte Herr Lenz nichts wissen. Er schloß sich in seiner Meisterrolle gekränkt und verlangte Sühne. — Wenn ich bloß den Vertrag lösen wollte — sagte Herr Lenz — dann wäre ich nach der Handelskammer gegangen. Ich verlange, daß hier meine Ehre wieder hergestellt wird. Was soll mit der Lehrlingsausbildung werden, was soll aus dem Handwerk werden, wenn so ein Junge nicht empfindlich bestraft wird? Da trotz Juredens Lenz jeden Vergleich ablehnte, kam das Gericht zu folgendem Urteil:

Der Lehrling hat kein Recht, das Lehrverhältnis zu lösen, denn es ist nicht nachgewiesen, daß er in übermäßiger Weise geächtigt wurde. Dagegen wird der Antrag des Lehrmeisters, das Lehrverhältnis zu lösen, als berechtigt anerkannt, weil der Lehrling den Lehrmeister ins Gesicht geschlagen hat. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Lehrling durch das Vorgehen des Lehrmeisters gereizt worden ist. Eine Vertragsstrafe von 20 M. an den Lehrmeister ist deshalb ausreichend. Von den Kosten hat der Lehrling zwei Drittel, der Lehrmeister ein Drittel zu tragen.

Haftung für Diebstahl von Arbeitergarderobe.

Hat der Arbeiter Werkzeuge oder Kleidung dem Arbeitgeber übergeben, so haftet der Arbeitgeber nach §§ 242, 276, 278, 688, 691 des Bürgerlichen Gesetzbuches bei Entwendungen der in Verwahrung genommenen Sachen soweit, als ihn Vorsatz oder Fahrlässigkeit trifft. Diese Rechtsregel wendete gestern das Gewerbegericht zutreffend an. Daß die Pflicht zur sorgfältigen Aufbewahrung besteht, folgt aus dem Arbeitsverhältnis. Das Gewerbegericht ist deshalb zuständig.

Den Arbeitern der Buchbinderei von Bübben u. Co. steht ein Garderobenraum zur Verfügung, der im fünften Stockwerk des Fabrikgebäudes liegt, während sich der Betrieb selbst im dritten Stockwerk befindet. Schränke sind in der Garderobe nicht vorhanden, die Kleider werden frei im Raume aufgehängt. Der Raum selbst ist nie verschlossen worden. Ein Arbeiter, dem aus der Garderobe während der Arbeitszeit ein Winterüberzieher gestohlen wurde, klagte deshalb vor dem Gewerbegericht auf Schadenersatz in Höhe von 50 Mark. Es handelte sich um einen fünf Jahre getragenen Überzieher, der ursprünglich 80 M. gekostet hatte. Der Vertreter der beklagten Firma zweifelte die Zuständigkeit des Gewerbegerichts für diesen Fall an, worauf ihm vom Richter erklärt wurde, die Zuständigkeit liege zweifellos vor. Dann bestritt der Vertreter grundsätzlich die Schadenersatzpflicht der Firma. Schließlich verpflichtete sich die Beklagte auf Vorschlag des Gerichts, im Vergleichs-

wegen dem Kläger 30 Mark zu zahlen. Das Gericht gab dabei zu verstehen, daß die Beklagte, wenn sie auf einer Entscheidung bestünde, verurteilt werden müsse, weil sie hinsichtlich der Aufbewahrung der Kleider ihrer Arbeiter nicht die erforderliche Sorgfalt angewandt habe. Wenn jedem Arbeiter ein verschließbarer Schrank zur Verfügung gestellt werde, dann könnten an den Arbeitgeber keine Ansprüche für abhandlung gekommene Sachen der Arbeiter gestellt werden.

Der überstimmte Vorsitzende.

Daß ein den Vorsitz führender Richter bei der Beratung im Kollegium überstimmt wird, kommt öfter vor; daß aber ein Richter seinem Unmut über diese Ueberstimmung in der Weise Luft macht, wie dies der Hilfsrichter der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts, Rechtsanwalt Dr. Lissauer, jetzt getan hat, gehört zu den Seltenheiten.

In der bekannten Kriegsgehaltssache hat sich Dr. Lissauer dem von vielen deutschen Kaufmannsgerichten und auch von einzelnen Kammern des Berliner Kaufmannsgerichts zutreffenden Standpunkt, daß dem mit gekürzten Gehalt arbeitenden Gehilfen während des Krieges nicht gekündigt werden darf, entgegengestellt. Es hat seine Auffassung wiederholt in Wort und Schrift vertreten. Als nun in einer Kammer Sitzung, in der mehrere Gehaltsminderungsprozesse zur Verhandlung kamen, der Vorsitzende trotz Seitenbachtung seiner Rechtsauffassung überstimmt wurde, ließ er der Verkündung des Urteils in der mündlichen Begründung die Äußerung folgen, daß dies Urteil in keiner Weise für die prinzipielle Auffassung der Rechtsfrage maßgebend sei und sein Entschieden nur der zufälligen Besetzung des Gerichts verdanke. Noch schärfer nimmt Dr. Lissauer gegen die Besieger, die ihn überstimmt, in den schriftlichen Urteilsausfertigungen Stellung, die er den Prozessparteien zugehen ließ. „Die Mehrheit des Gerichts hat“, so sagt Dr. Lissauer in einer Urteilsbegründung — „gestützt auf einige in Scheinbar ähnlichen Fällen ergangene Entscheidungen, trotz der Bedenken, welche gegen diese Entscheidungen bestehen, und ohne auf die Unterschiede zu dem vorliegenden Streitfall Rücksicht zu nehmen, die fragliche Abrede nicht sowohl auszulagen als ergänzen zu müssen geglaubt, daß mit Rücksicht auf das Entgegenkommen des Personals eine Kündigung für etwa sechs Monate als ausgeschlossen zu erachten sei.“

Die davon betroffenen Besieger wollen sich diese „Maßregelung“ nicht gefallen lassen und beabsichtigen, über den Hilfsrichter im Dienstaufsichtswege Beschwerde zu führen. Die Beschwerde wäre auch dann durchaus berechtigt, wenn nicht die Ansicht des Dr. Lissauer, wie wir wiederholt dargelegt, eine durchaus irrtümliche wäre.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Endebr. 3. IV. Hofstr. 2, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. B. 100. Fragen Sie an beim Dänischen Notar Krenn in Kopenhagen. — W. J. 20. In Ihrem Falle ist nur durch die Organisation Remedur zu schaffen. Bitte! erinnern Sie dort noch mal an Ihre Redung. — W. B. 10. Weitere Auskunftstellen als die von Ihnen bezeichneten sind nicht vorhanden. — S. S. 95. Ein festerer Termin ist noch nicht zu unserer Kenntnis gelangt. Uebrigens ist dies zum Teil schon geschehen. — S. B. 100. Von solcher Prämie ist uns überhaupt nichts bekannt. — H. S. 16. 1. Sie müssen an die Frankfurter Versicherung zahlen. 2. Sie könnten nur Klage auf Lösung des Vertrages erheben. — P. T. 188. Auch wenn Sie freiwilliges Mitglied der Rasse sind, hat Ihre Frau Anspruch auf Waisenrente. Wenn die Rasse und das Versicherungsamt einen gegenseitigen Standpunkt eingenommen haben, so erheben Sie weitere Beschwerde beim Oberversicherungsamt. Kosten werden Ihnen nicht entstehen. — M. P. 100. Juristisch ist wegen Verlängerung oder Verfürgung von Miebern. — Pa. 71. Weiden Sie sich beim Bezirkskommando. — G. M. 20. Sie haben leider keinen Anspruch auf Waisenrenten. — W. M. 78. 1. und 2. Ja. 3. Nein. — H. R. 41. 1. Nein. 2. Das ist laum annehmlich. — Pradel. Die Verleihung verfährt in drei Monaten nach der Kenntnis der Verleihungsklage ist bei dem Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Verleihe moht. — W. R. 3. Der angegebene Buchstabe kann nicht richtig sein; es könnte nur E sein und würde in dem Fall bedeuten: erhebliche (stark hindernde) Verlängerung, Verfürgung, Verkümmung oder Steilheit von Miebern. — B. 7. Ja. — W. T. 3. 1. und 2. Ja. — Gebwig 1. Testamentformulare bekommen Sie bei uns in der Sprechstunde; dann können wir auch Ihre anderen Fragen beantworten. — M. S. 33. Die Rechtsunterstützung kann Ihnen leider in dem Fall verweigert werden. — M. S. 23. Für die Zeit, wo der Mann arbeitet, hat die Frau keinen Anspruch auf Unterhaltung; sie muß davon Mitteilung machen. — R. R. 26. Das kann geschehen.

Eingegangene Druckschriften.

Wachtfeuer. Nr. 30. Künstlerblätter zum Krieg 1914/15. 20 Pf. Birkel Verlag, Berlin, Wilhelmstr. 48.
Der heldraue Goethe. Goethe-Worte über den Krieg. 30 Pf. Friedr. Vieweg, Braunschweig.
Kunst und Künstler. 13. Jahrg. Heft 8. Monatschrift für bildende Kunst und Kunstgewerbe. Viertel 6 M. B. C. Fischer, Berlin, Derfflingerstr. 15.
Karte von Südrien mit Angabe der Kriegsgefangenenlager. 85 Pf. G. Freytag u. Berndt, Wien 7.
Deutsche Verbredchen? Eine Antwort aus französischen Dokumenten von Dr. R. Antner. Prof. Dr. H. W. Helgen u. A. König. Bielefeld.
Betriebsstörungen am Flugmotor und deren Vermeidung. Handbuch für Flugschiffbau von E. Schumann. Brosch. 1 M. R. Krann, Berlin W 10.
Der Krieg und unsere Schulen. Von Prof. R. v. Wettstein. (Zur Zeit u. Welt 7.) Brosch. 70 Pf. E. Högel, Wien 4.
Der Sturz des Jovianus. Von Dr. E. Kado. Brosch. 1,20 M. Verlag: Dr. E. Kado, Leipzig.

Künstler Marktbericht der Süddeutschen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblätern. (Ohne Verbindlichkeit.) Mittwochs, den 5. Mai 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg. Lohenschla 57—103, da. 118—86, da. 118 70—77; Bullenschla 80—90, da. 118 74—80; Rabe, jett 76—89, da. mager 62—73, da. dänische 58—71; Preiser 64—74, Preiser, dänische, 60—68, Bullen, dänische, 65—75; Kalbfleisch, Doppelpender 135—145; Marktälber Ia 108—120, da. 118 80—100; Käber ger. gen. 60—65, da. dän. 60—68, da. holl. 50—55. Hammelfleisch: Mastlamm 103—112; Gammel Ia 97—102, da. 118 93—95; Schafe 95—102. Schweinefleisch: Schweine, fettes 00—00, sonstige 98—142, dän. Sauen 00—00, dän. Schweine 00—00. Gemischt, inländisches: Kartoffeln, Daberke 50 kg 7,50; weiße Kaiserfröhen 7,00; Magnum bonum 7,00; Wolfmann 7,00; Borree, Schod 0,80—1,50; Sellerie, Schod 5,00—12,00; Spinat 50 kg 6,00—20,00; Kohlrüben 6,00—9,00; Wirfingfobl Schod 0,00—0,00; Wirfingfobl 50 kg 0,00—0,00; Weisfobl Schod 0,00—0,00, Weisfobl 50 kg 0,00—0,00; Koffobl, Schod 0,00—0,00; Koffobl 50 kg 0,00 bis 0,00; Kohlrüben Schod 6,00—14,00; Märtsche Rüben 50 kg 0,00—0,00. Hosenfobl 20 kg 0,00—0,00, Beerretsch Schod 6,00—14,00; Beterflemmurszel Schodbund 4,00—6,00; Zwiebeln 50 kg 25,00—35,00, Rabfisches Schodbund 2,50—3,00. Walbmeister Handel 0,40—0,50, Morchein 100 kg 40—50, Gurken, Berggatter, 100 St. 00—00. Ababerger, Hamburger, 100 Bund 5,00—8,00, 100 Stangen 8,00—13,00, Biefler 100 Bund 4,00 bis 5,00, Hamb. Prelland 100 Bund 2,50—3,00. Speerzel, Beeliger I 1/2 kg 0,60—0,70, Beeliger II 1/2 kg 0,40—0,50, Beeliger III 1/2 kg 0,30, unfortrier 1/2 kg 0,35—0,50, Märtscher I 1/2 kg 0,50—0,70, II 1/2 kg 0,30—0,40, III 1/2 kg 0,15—0,25. Spruten 50 kg 10—15. Apfelsinen: ital., 50 kg 16,00—20,00, dito 200 St. 12,00—14,00, dito 300 St. 13,00—16,00, Marzia 200 St. 12,00—18,00, dito 300 St. 12,00—16,00, Marzia 160 St. 11,00—14,00, 200 St. 12,00—14,00, 300 St. 12,00—15,00. Ruffina Blut- 80 St. 8,50—9,00, da. 100 St. 8,00—10,00, da. 150 St. 8,00—11,00. Spanische 420 St. 20,00—32,00, da. 714 St. 26,00—35,00, da. 1064 St. 30,00—44,00, da. 420 St. large 26,00—33,00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag. Im Westen langsame Zunahme der Bewölkung. Deutlich der Ober vielfach heiter und trocken. Neger in den Mittagsstunden abermal ziemlich kühl.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 216 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: Garde-Schützen- und Garde-Reg.-Schützen-Bat.; Gren.- bzw. Inf.- bzw. Inf.-Regimenter Nr. 1, 6, 7, 8, 9, 11, 15, 17, 18 (siehe auch Erf.-Inf.-Reg. v. Reinhard), 21, 25, 26, 27, 30, 51, 56, 60, 62, 67, 69, 72, 75, 82 (siehe auch Feldfliegertruppe), 86, 88, 93 (siehe auch Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 79), 97, 111, 113, 129, 130, 131, 132, 137, 151, 153, 154, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 165, 170, 171, 173, 175, 176; Inf.-Regimenter Nr. 5, 7, 10 (siehe Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 118), 15, 18, 20, 21, 24, 25, 28, 48, 61, 64, 72, 76, 77, 78, 80, 81, 86, 91, 94, 130, 205, 207, 210, 211, 212, 217, 218, 253, 254, 255, 256, 257; Erf.-Inf.-Regimenter Königsberg II, III und v. Reinhard; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 4, 5, 7, 10, 24, 25, 66, 80, 81; Landw.-Erf.-Reg. Nr. 2; Besatzungs-Regimenter Nr. 2 der Brigade Douffin, Nr. 8 (Arcebel), der Brig. Müdiger; Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 8, 12, 16, 42; Landw.-Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 9 (siehe Landw.-Erf.-Reg. Nr. 2), 21, 38; Landw.-Bataillone II Allenstein, 2 I Breslau, Briesen, 3 Koblenz (siehe auch Ref.-Erf. Nr. 8 der Brig. Müdiger), Cosel, II Kottbus, Friedberg, Gnesen, 1 Liegnitz, 3 Potsdam, Wehlau; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 5, 10, 23; Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 6 Bosen und Abteilung Bosen der Erf.-Brig. v. Reichow; Festungs-Maschinengew.-Komp. Nr. 5; Feld-Maschinengewehr-Jüge Nr. 79, 117 (siehe Gren.-Reg. Nr. 7), 118, 133 (siehe Gren.-Reg. Nr. 7). Husaren Nr. 1; Dragoner Nr. 12, 15, 22 (siehe Feldfliegertruppe); Ulanen Nr. 5 und 8. 1. Garde-Feldart.-Reg.; 3. Garde-Ref.-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 8, 14, 17, 41, 56, 61, 82, 112 und Reg. der 35. Ref.-Div. (früher Reg. Wittich); Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 13, 15, 29, 36, 46, 56. Artillerie: Regiment Nr. 2, 3, 5, 9, 10, 13 (siehe Mun.-Kol.-Abt. des I. Bat. Fußart.-Reg. Nr. 13), 20; Ref.-Regimenter Nr. 3, 4; Landw.-Bat. Nr. 6. Pioniere: Reg. Nr. 29; Bataillone II. Nr. 4, I. Nr. 6, I. und II. Nr. 7, I. Nr. 8, I. Nr. 10, II. Nr. 14, I. Nr. 15, II. Nr. 27; Erf.-Bataillone Nr. 16, 21; 50, 52, 84 und 88. Ref.-Komp.; 1. Landw.-Komp. des Gardekorps, 2. des 4. und 2. des 15. Armeekorps; Scheinwerfer-Erf.-Abt. Ref. Fernspr.-Abt. des 9. Armeekorps; Feldluftschiffer-Abt.; Feldfliegertruppe. Inf.-Mun.-Kol. Nr. 1 des Garde-Ref.-Korps und Nr. 4 des 14. Armeekorps; Feldart.-Mun.-Kol. Nr. 5 des 2. Armeekorps; Art.-Mun.-Kol. Nr. 8 des 8. Armeekorps; Ref.-Art.-Mun.-Kol. Nr. 42 des 18. Ref.-Korps; Mun.-Kol. Nr. 26 des 26. Ref.-Korps; Mun.-Kol.-Abt. des I. Bat. Fußart.-Reg. Nr. 13. Fortifikationen Königsberg I. Pr. und Löben; Armierungs-Bat.; Armierungs-Erf.-Komp. Rüsting; Arbeiter-Komp. Nr. 8. Sanitäts-Komp. der 10. Erf.-Div.; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 45 des 23. Ref.-Korps; Kranken- (Sanitäts-) Abt. der 9. Armee. Train-Abt. Nr. 8; Feldtrain-Eskadron des 7. Armeekorps; Div.-Präsidialtrain; Proviant-Kol. Stecherlin des 4. Armeekorps; Schwere Proviant-Kol. Nr. 4 des 8. und Nr. 1 des 21. Armeekorps; Fuhrpark-Kol. Nr. 7 (siehe Feldtrain-Eskadron des 7. Armeekorps); Ref.-Fuhrpark-Kol. Nr. 1; Wagon-Fuhrpark-Kol. Nr. 9 des 6. Armeekorps und Nr. 40 des Korps P.; Feldbäckerei-Kol. Nr. 2 des 7. und Nr. 2 des 8. Armeekorps; Festungs-Verpflegungs-Kol. Graudenz; Etappen-Gilts-Bäckerei- und Schlächtere-Kol. Nr. 131; Etappen-Pferdepost der 3. Armee. Kriegsbekleidungsamt des Gardekorps. Feldpoststation Nr. 6 der 6. Armee.

Der Schluss der sächsischen Verlustliste Nr. 142, deren Inhalt wir bereits gestern angaben, wird veröffentlicht. Die sächsische Verlustliste Nr. 143 meldete Verluste der Inf.-Reg. Nr. 105, 107, 133, 139, 177, 179, 181; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 100, 107, 243, 244, 245; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 102, 108, 133; Erf.-Inf.-Reg. Nr. 9; Landw.-Brig.-Erf.-Bat. Nr. 48; Landw.-Erf.-Reg. Nr. 5; Landw.-Brig.-Erf.-Bat. Nr. 47; Erf.-Bat. Reg. Nr. 105, Landw.-Reg. Nr. 101, 133; Ref.-Jäger-Bat. 13. Garde-Reiter; Karabinier-Reg.; Ulanen Nr. 17; Husaren Nr. 19; Sanitäts-Komp. der 123. Inf.-Div.; Freiwillige Krankenpflege. Ref.-Proviant-Kol. 4, 12. Ref.-Armeekorps. Die verlustlose bergische Verlustliste Nr. 173 enthält Verluste der 27. Inf.-Div., Feldproviantamt; Inf.-Reg. Nr. 120; Füsilier-Reg. Nr. 122; Inf.-Reg. Nr. 127, 180; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 247 und 248. 2. Abt. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 29; Feldart.-Reg. Nr. 49 und 65; Wallon-Abwehr-Kanonenzug Nr. 1. Verluste durch Krantheiten. Verichtigungen früherer Verlustlisten. Die Verlustliste Nr. 29 der kaiserlichen Marine wird veröffentlicht.

Aus Groß-Berlin. Mai.

Um Wochen war der Frühling in Rückstand gewesen. Erst gegen die letzte Woche des April nahm er den Anlauf zu dem gewaltigen „Durchbruch“ gegen alles, was seinem siegreichen Vordringen noch entgegenstehen mochte. Da konnte man an warmen Tagen sehen, wie die dicken Knospen, z. B. des Hollunders und der Korkkastanien, am Nachmittag doppelt so lang und breit geworden waren, als man sie am Morgen des gleichen Tages gesehen hatte. Mit dem Ansturm, das alle Jugend ziert, geht das Auswickeln der jungen Triebe, Blätter und Blüten unablässig weiter von statten. Immer schneller verschleiern sich die Alleen, die Parks und Gärten, monatelang gewohnte Durchblicke durch kahle Baumkronen verschwinden, und überall stößt das Auge des Spaziergängers und Wanderers auf sprichendes Leben. Im Grase unter den kiestern blauen bescheidene Weissen und anderes Blumenkleinzeug, während in den Vorgärten die faustgroßen, weißen Blüten der Magnolien mit den zartrot überstreuten, blühenden Pfirsichbäumchen wetteifern. Weiter draußen stehen die Anemonen im Flor, blühende Weiden sehen aus wie mit gelblichen Puderquasten behängt und von den schlanken Birken scheint das junge Laub herabzurieseln. Auf den vom Frühlingswasser überschwemmten Wiesen tummeln sich Kinder, um die goldgelben Kuhblumen (Sumpfdotterblumen) zu sammeln und sie gelegentlich dem Wanderer zum Kauf anzubieten. Und der Blütenraum von Werder sammelt zurzeit seine Freunde um sich, so weit der Krieg keine Lücken gerissen hat. — Wer in dieser Zeit einen der weniger besuchten Ausflüge unternimmt, will, dem sei Tiefensee mit dem Gamensee im Blumenthalwalde empfohlen. Man bekommt von jeder Station der Stadt- und Ringbahn nach Tiefensee Sonntags-Rückfahrkarten für 1,75 M. Vom Schleifischen Bahnhof ab kosten sie nur 1,55 M. Diesen Bahnhof muß man auf jeden Fall erreichen, denn

hier geht die Seitenlinie der Briesener Kleinbahn ab. Der kleine Bahnhof „Briesener Bahnsteig“ liegt am äußersten Ende der Halle des Schleifischen Bahnhofs, an dessen Nordseite zu ebener Erde. In Tiefensee angelangt, geht man die Chaussee am hohen Waldrande entlang, bis man nach einigen Minuten nach rechts bequem die Gleise auf einem Pfade überschreiten kann. Von hier findet man sich mit Hilfe der Karte durch schönen Hochwald leicht zum Gamensee hin. Man erreicht ihn an seiner Westseite, geht nach rechts am hohen Ufer entlang bis zur Südspitze und wandert am anderen Ufer zurück. Die weitere Ausdehnung des Ausfluges ergibt sich nach Zeit und Umständen von selbst. Keine, noch wenig berührte Natur umgibt den stillen See. Die blühenden Anemonen und Weissen verlocken zum längeren Weiben. Aber all zu lange darf man sich nicht fesseln lassen, denn gegen 4 Uhr nachmittags geht der Berliner Zug heimwärts, der nächste dann erst wieder gegen 8 Uhr abends. Gelegenheit zur Erfrischung ist bei der Rückkehr über Dorf Tiefensee, das nur ein paar Minuten vom Bahnhof entfernt liegt, reichlich gegeben. Bei der Heimkehr hat man Ausflüchten, die Ungebundenheit des Wildes zu beobachten. Die meisten Jäger sind fern. Daher tummeln sich die Hasen rudelweise (wir zählten einmal neun Stück beisammen) in der grünen Saat, kaum weniger zahlreich die Rehe aus den nahen Wäldungen und ab und zu beleben Fasanen die Landschaft. Erst in der Nähe Berlins schwindet der Zauber wieder. Aber man hat den Frühling sozusagen bei der Arbeit gesehen und das Bild bleibt.

Die Waumbüte in Werder.

In den letzten Tagen dieser Woche wird sich die Blütenpracht in Werder zu ihrem vollen Umfange entfalten. Wer die Zeit und die Mittel hat, sich einen Ausflug nach dem schönen Havelländchen zu gestatten, wird sicher den Besuch nach Werder nicht zu bereuen haben. Von den Höhen aus breitet sich das weiche Blütenfeld vor den Augen des Beschauers aus, so weit er sehen kann. Man gewinnt einen Rundblick von solcher Schönheit, daß man sich nicht satt sehen kann an diesem Naturwunder. Und wer früher in Werder war, nimmt sich immer wieder die Zeit und opfert die Mittel zu einer Blütenfahrt nach Werder. In diesem Jahre fällt der frühere Jahrmarktsummel fort.

Der Verkauf von Fruchtweine an Militärpersonen verboten. Der Oberbefehlshaber in den Marken hat für die Gemeinden Werder a. d. S., Glindow, Caputh und Jerich den Verkauf von Fruchtweine an Militärpersonen aller Dienstgrade in Uniform während der Zeit vom 7. Mai bis einschließlich 15. Juni verboten.

Die Untertunnelung der Spree.

Die Spree ist an zwei Stellen, zwischen Treptow und Stralau und im Innern der Stadt (Neußölln a/W.) mit Erfolg untertunnelt worden. Jetzt ist man dabei, sie an zwei anderen Stellen, an der Weidendammerbrücke und weiter oben zwischen der Weissen- und Jannowibridge zu untertunneln. Während bei dem Tunnelbau an der Oberspree 1895/96 von Stralau und Treptow fast gleichzeitig der Tunnel durch sogenannten Preßluftvortrieb unter Wasser mit vieler Mühe und erheblichen Kosten fertiggestellt wurde, und seinerzeit angestaunt ward, kam bei dem Tunnel zwischen der Klosterstraße und Neußölln a/W. ein anderes technisches Verfahren zur Anwendung, das in der Hauptsache darin bestand, daß man in offener Baugrube von zwei Seiten mit dem Bau des Tunnels begann, beide Teile hermetisch abschloß und schließlich das Verbindungsstück in der Mitte herstellte, wobei indes der südliche Teil sich senkte und voll Wasser lief. An der Weidendammer Brücke mußten zunächst die mächtigen Fundamente dieser neuen Brücke entfernt werden. Eine äußerst schwierige und zeitraubende Arbeit. Sodann wurden zwei halbrunde, offene Baugruben mit doppelten Spundwänden im Spreebett hergestellt, die es ermöglichen die Schiffahrt offen zu halten und von beiden Ufern mit dem Bau zu beginnen. Weidlich und doch anders verfährt man beim Bau an der Jannowibridge. Nicht gerade auf der kürzesten Linie, sondern schräg von der Weissenbrücke zur Jannowibridge wird dort für die Schnellbahn Gesundbrunnen-Neußölln von oben in trodener Baugrube, die sich fast bis in die Mitte des Flussbettes erstreckt, der Tunnel errichtet, indem man nach der Trodengrube der Baugrube eine feste Eisenbetondecke herstellte, die dann durch ein starkes Eisengerüst verstärkt als Fundament dient. Der weitere Aufbau bietet dann keine weiteren Schwierigkeiten. Zu diesen beiden Tunnelbauten gesellen sich drei weitere Tunnels unter dem Landwehrkanal am Halleischen Tor, am Dranienplatz und an der Kottbuser Brücke. Wie heute schon Berlin mehr Brücken aufzuweisen hat wie Amsterdam und Venedig zusammengenommen, wird die Reichshauptstadt in Zukunft auch mehr Tunnels und Häfen als irgend eine andere Stadt auf dem Kontinent besitzen, dazu die große Zahl bedeutender Bahnhöfe und einen Tunnel für die Straßenbahnen am Oprenhause, eine innere und eine äußere Ringbahn, ein Schnellbahnnetz, aber keinen Personenverkehr auf dem ausgedehnten Wasserstraßennetz. Dieser Verkehr ist der Zukunft vorbehalten.

Das Unglück.

Am Sonnabend, den 1. Mai, blieb der um 7.40 Uhr abends vom Stettiner Bahnhof nach Dranienburg abgehende Zug auf der Station Schönholz unmittelbar nach dem Anziehen zur Abfahrt mit dem kurzen bedeutungsvollen Ruf stehen. Ein Unglück? Diese Frage drückte sich auf jedem Gesichte aus. Die Fenster der Wagenabteile wurden aufgerissen. In der Tat — zwischen Trittbrett und Bahnsteig des dritten Wagens im Zuge stol ein menschlicher Körper, die Brust zerquetscht, den Kopf vornüber geneigt, lautlos, tot. Bahnbeamte eilten herbei. Der Kreis der Neugierigen und Neumalklugen bildete sich. Eifrig wurde debattiert, wie das Unglück geschehen sei. Einen Schritt vor diesen Geschwägigen trat zwischen Trittbrett und Bahnsteig der Tote. „Er ist direkt zwischen die Wagen gelaufen!“ — „Der Zug ist doch gerade erst angefahren — eigentlich konnte er gar nicht mang die Trittbretter kommen!“ — „Die Menschen sind zu dumm!“ — „Es geschieht ihm ganz recht. Ich steige nicht ein, wenn der Zug fährt!“ — „Er war ja noch nicht angefahren der Zug, wie er ränkam. Aber er konnte nicht gleich aufstiegen, weil er die Hand verbunden hatte!“ — Ein paar Schritte von ihrem Sprecher stand ein Toter zwischen Trittbrett und Bahnsteig. Dann aber plätscherte das Gerede wieder weiter. Manah kühn und derb geführt der Stieftraf den unbekanntem Toten.

Die Bahnbediensteten beleuchteten den Fall mit ihren Lampen und vom technischen Standpunkt aus. Sie zogen an dem Toten. Sie zogen ihn nach oben, nach rechts und nach links. Er rührte sich nicht. Endlich entschied man, daß es am besten sei, das Trittbrett auszufügen und dann den Toten herauszuheben. Eine Säge! Ein Bahnbediensteter eilte zur Verwunderung des Publikums am Zuge entlang und rief: „Ist vielleicht ein Tischler hier? Hat jemand eine Säge bei sich?“ Und siehe da, wirklich fand sich unter den Fahrgästen ein Mann, der dem Eisenbahnfiskus mit einem Fuchschwanz aus den Rötten half. Mit diesem Fuchschwanz begann nun ein Beamter das untere Trittbrett zu durchsägen. Eine schwere Arbeit, die jeder der Umstehenden nach der Kritik, die er übte, tausendmal besser gemacht hätte als der keuchend und emsig arbeitende Beamte. Nach fast viertelstündiger Arbeit war das entsprechende Stück Trittbrett ausgesägt. Der Tote wurde geborgen und auf den bloßen Bahnsteig gelegt. Er war dem Keuheren nach ein etwa vierzigjähriger Arbeiter.

Der Zug ruhte nach fünfundsiebzig Minuten Aufenthalt wieder an und fuhr langsam an dem auf dem Bahnsteig liegenden Toten vorbei. Aus einigen Abteilen klang das Stimmen der Gitarren; die Wandervögel nahmen ihre unterbrochenen Lieder wieder auf. . . .

Dahlem als Zentrum von Staatsbauten.

Das im Bau begriffene Staatsarchiv in Dahlem bildet gewissermaßen den wirkungsvollen Abschluß für eine große Gruppe von Staatsbauten, welche auf Dahlemer Gebiet entstanden sind. Die überaus günstige Verbindung mit der Reichshauptstadt — denn nicht weniger als drei Untergrundbahnhöfe, nämlich Pöbbeckstr.-Allee, Dahlem-Dorf und Thiel-Platz stehen zur Verfügung — und die ruhige, stille Abgeschlossenheit in Dahlem selbst sind für die Arbeit in den Staatsbauten sehr erwünscht. Neben dem kgl. Materialprüfungsamt bemerkt man die Monumentalgebäude der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft am Thielplatz, außerdem die Bauanstalten für das Institut für physikalische Chemie, Elektrochemie, Experimentelle Therapie, die bakteriologische Abteilung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, die Landesanstalt für Wasserhygiene, das astronomische Necheninstitut, das Arndt-Gymnasium mit seinen herrlichen Heimen für Schüler. Auf schmaltem Gelände erhebt sich in unmittelbarer Nähe das Gebäude der Oberförsterei Grunewald und neben dem Botanischen Garten das Institut für Pflanzenphysiologie, die Agrilkulturchemische Versuchsanstalt, das Kaiserlich Biologische Institut für Land und Forstwirtschaft und nicht unerwähnt soll der in Aussicht genommene Neubau des Museums für Völkerkunde in Dahlem bleiben.

Um die Mietsunterstützung.

In der Stadtverordnetenversammlung geht es jetzt wieder einmal um die Mietsunterstützung. In den Hausbesitzervereinen wird seit längerer Zeit lebhaft Sturm gelaufen gegen den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, weil sie nicht mehr die Interessen der Hausbesitzer berücksichtigen. Insbesondere hat es ihnen der von den städtischen Behörden beschlossene Mietsnachlaß angetan, der Voraussetzung für Bewilligung von Mietsunterstützung ist. Diese Bestimmung möchten die Hausbesitzer gern völlig beseitigt haben. Das kam wieder einmal recht kräftig zum Ausdruck in einem Stadtverordnetenaußschuß, der sich mit der Beratung einer Magistratsvorlage über die Mietsunterstützung zu befassen hatte. Der Magistrat macht einen angemessenen Mietsnachlaß zur Bedingung, schlägt 33 1/2 Prozent als Grundlage vor, läßt aber auch einen geringeren Nachlaß zu, wenn es die Umstände erheischen. Im Ausschuß waren die Hausbesitzer stark vertreten, besonders die Fürsprecher in den Grundbesitzervereinen hatten sich in den Ausschuß delegieren lassen. Die Lage der Hausbesitzer wurde von den verschiedensten Seiten beleuchtet, als ob es sich bei der Beratung nur um die Hausbesitzer handelte. Schließlich wurde aber von anderer Seite sehr deutlich erklärt und zwar mit voller Zustimmung der Magistratsvertreter, daß es sich eigentlich um die Unterstützung der Kriegerfamilien handele und deren Interessen in Frage kämen. Gätte eine Vetterstellung der Kriegerfamilien auch noch die Wirkung einer Hilfe für die Hausbesitzer, so sei dagegen nichts zu sagen. So fand denn auch ein Antrag, den Mietsnachlaß auf 10 Proz. festzusetzen, keine Gegenliebe. Ueber die Höhe der Mietshilfe wurde lebhaft gesprochen; schließlich beschloß der Ausschuß, die Mietsunterstützung bei Frauen ohne Kind auf höchstens 20 und bei Frauen mit einem Kinde auf höchstens 15 M. der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, die übrigen Sätze so wie der Magistrat vorschlägt zu belassen. Die Vertreter des Magistrats, unter ihnen der Oberbürgermeister, erklärten, die Erhöhung von 5 M. bei Frauen ohne Kind seien von einer solchen finanziellen Wirkung, daß sie eine Zustimmung des Magistrats nicht glaubten in Aussicht stellen zu können. Offen wir, daß es deswegen nicht zum Konflikt zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung kommt, die bisher in der Kriegswohlfahrtspflege gut miteinander gearbeitet haben.

Berlins Ausgaben für Kriegsunterstützungen.

Die von der Stadt Berlin gezahlten Kriegsunterstützungen haben bis gegen Ende April die Höhe von 28,18 Millionen Mark erreicht. Die Zahl der unterstützten Kriegerfamilien ist von 62 980 im August auf rund 115 000 im April gewachsen. In weit stärkerem Maße noch ist der Betrag der geleisteten Kriegsunterstützungen gestiegen. Während die Aufwendungen hierfür sich im August auf 1,28 Millionen Mark beliefen, betragen sie im April 4,67 Millionen Mark.

Von der bis gegen Ende April gezahlten Gesamtsumme von 28,18 Millionen Mark entfallen auf Mietsbeihilfen 2,67 Millionen Mark, wobei aber in Betracht zu ziehen ist, daß die Wirkung des im November gefassten Gemeindebeschlusses über die Gewährung von Mietsbeihilfen andauernd stärker in Erscheinung tritt. Im April sind an Mietsunterstützungen mehr als 600 000 Mark gezahlt worden. Nicht berücksichtigt sind hier die Beihilfen, die Mietern in städtischen Grundstücken bewilligt worden sind.

Regelung des Kartoffelbezugs.

Gestern vormittag fand im Berliner Rathaus unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Bernuth eine Besprechung von Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden über die Regelung des Kartoffelbezugs von der Reichsstelle für Kartoffelversorgung und über die zukünftige Kartoffelversorgung innerhalb der Gemeinden statt. Hinsichtlich der Preisfestsetzung wurden Vereinbarungen getroffen, die alsbald nach der Genehmigung des Oberpräsidenten zur Veröffentlichung gelangen sollen.

„Kriegspoese“ für die Schuljugend.

Für die Jugend darf nur das Beste gut genug sein. Mit dieser Forderung hat Jahrzehnte hindurch die deutsche Lehrerschaft ihren Kampf gegen eine gewisse Sorte von Jugenddichtung geführt. Muß nicht gegenüber einer gewissen Sorte von „Kriegspoese“ dieselbe Forderung gelten? Was da der Jugend manchmal sogar von der Schule selber geboten wird, davon zeugen die im „Vorwärts“ bereits mitgeteilten Beispiele. Hier ist ein neues, das sich den früheren gleichwertig anreicht. In Reußlin hat in der 8. Mädchen-Gemeinschaft (Mahlower Straße) der Rektor die Schülerinnen von Klasse 10 das folgende Kriegsgedicht lernen lassen:

Immer ran an den Feind!

Nun heraus aus der Scheide, deutsche Männer, das Schwert!
Nun zeigt Euch Eures herrlichen Vaterlands Wert!
Ob im Westen die Franzosen,
Ob im Ost die Russen tosen,
Und ob England her von Norden
Hüberschwimmt zum großen Norden —
Immer ran, immer ran, immer ran an den Feind,
Nest geht's in den heiligen Krieg,
Immer ran, immer ran, immer ran an den Feind,
In den Kampf und zum blutigen Sieg!
Ihr marschieret gegen Westen in das Frankreich hinein,
Und da ist es schon am besten, ihr schießt alles kurz und klein.
Denkt alle noch an Siebzig,
Kinder, was sich neckt, das liebt sich,
Heute kriegt die rote Wäse
Grade so wie damals Wäse.
Immer ran, immer ran usw.
Ihr marschieret gegen Osten in das Rußland hinein.
Seid gehörig auf dem Posten und schlagt mörderisch darein,
Daß der Russen mit der Stute
Ganz erbärmlich wird zu Rute,
Daut sie feste auf die Lagen,
Daut in die Kosakenkränze!
Immer ran, immer ran usw.
Und auch Ihr, Ihr blauen Jungen, nun hinaus auf das Meer!
Euch kommt mit seinen Schiffen gar das England in die Luer.
Mit dem frechen Angelfischer
Nacht nur nicht so lange fagen,
Schießt die Röhre über'n Haufen,
Daß sie alleamt ersaufen!
Immer ran, immer ran usw.
Und Ihr andern nehmt die Belgier, Japanesen und, wer weiß,
Was uns sonst noch kommt mit diesem ganz erbärmlichen Geschmeiß,
Rußland, Frankreich, England, Belgien,
Japan, Montenegro, Serbien —
Uns kann keiner an den Wimpern
Von der ganzen Wunde klumpen.
Immer ran, immer ran usw.

Verfasser des Liedes soll ein Pastor sein. Eine Schülerin, die es kannte und konnte, trug es dem Rektor vor. Ihm gefiel es so gut, daß er es der ganzen Klasse zu lernen gab. Wie mag über solche den Schülern dargebotene „Kriegspoese“ die Schulaufsichtsbehörde denken?

Ein Vörsenmanöver?

In Berlin wurde am Dienstag eine Volksdepeche verbreitet, die Einzelheiten über die in Westgalizien gemachte Kriegsbeute enthielt. Diese Depeche war eine dreifache Fälschung. Den Urheber vermutet man in Vörsenkreisen. Das Oberkommando hat, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ erzählt, den Staatskommissar der Berliner Börse ersucht, bei der Klarstellung der Angelegenheit mitzuwirken. Vom Staatskommissar erging darauf eine gleiche Aufforderung an den Vörsenvorstand. Es war hierorts nur festzustellen, daß die ersten Mitteilungen über die Beute Dienstag von Essen hierher an die Börse gegeben wurden und dann Verbreitung fanden. Es wurden auch, wie verlautet, einige Vörsenbesucher zur Auskunftserteilung vom Oberkommando vernommen.

Wegen einer Prämie für einen Kriegsknaben, d. h. für einen während des Krieges geborenen Knaben, werden öfters Mütter bei den Wohlfahrtsvereinigungen vorstellig. In der Regel machen sie den Weg umsonst, denn Gelder für Prämienzwecke sind nicht verfügbar. Die Beihilfen der Kriegshilfs- und Wohlfahrtsorganisationen bezwecken lediglich die Unterstützung von Arbeiterfamilien bzw. von durch den Krieg in Not geratenen Bürgern.

Unterjagung des Stellenvermittlungsgewerbes.

Der Berliner Polizeipräsident hatte gegen den gewerbmäßigen Stellenvermittlungsbetrieb auf Grundlage der Erlaubnis zum Betriebe des Stellenvermittlungsgewerbes vorgegangen. Der Bezirksausschuß gab der Klage statt, weil Beklagter mehrmals die behördlich festgesetzte Tage überschritten habe.

W. legte Berufung ein.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Nach § 9 des Stellenvermittlungsgesetzes sei eine Unzuverlässigkeit, die zur Zurücknahme der Erlaubnis führe, stets anzunehmen, wenn der Stellenvermittlungsbetrieb wiederholt bestraft sei, weil er die festgesetzte Gebührensätze überschritten habe. Hiernach sei die wiederholte Bestrafung maßgebend, so daß der Verwaltungsrichter nicht nachprüfen habe, ob die Bestrafung zu Recht erfolgt sei. Es genüge für ihn die Tatsache der wiederholten Bestrafung wegen Tagüberschreitung. Da Beklagter deswegen mehrmals, also wiederholt bestraft sei, so könne das Urteil nur auf Zurücknahme der Erlaubnis zum Betriebe des Stellenvermittlungsgewerbes lauten.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat April d. J. nächtigten im Männerasyl 11 824 Personen, im Frauenasyl 2250 Personen. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer und Frauen Wiesenstr. 33/30.

Ein „Fahrschlucker“, der seit einiger Zeit die Warenhäuser unsicher machte, wurde am Dienstag endlich festgenommen. In der letzten Zeit kam es oft vor, daß Frauen und Mädchen in den Warenhäusern nach dem Verlassen der Fahrstühle, die dicht besetzt gewesen waren, ihre Vörsen vermissten. Ein Kriminalbeamter der Landeshauptstadt, der mit der Untersuchung dieser Diebstehereien beauftragt wurde, sah nun einen elegant gekleideten jungen Mann, der nachhinein und die feinsten Wäse trug, auffallend häufig im Fahrstuhl aller Warenhäuser. Am Dienstag tauchte er in einem Warenhaus in der Leipziger Straße wieder am Fahrstuhl auf. Plötzlich sah der Beamte, wie er beim Einsteigen einer Frau das Portemonnaie aus der Handtasche herausholte. Um nun eine Verurteilung unmöglich zu machen, drückte der Beamte kurz entschlossen den Dieb in eine Ecke des Fahrstuhls hinein und ließ diesen bis auf den Ertrappten und die Beihilferin unerschrocken räumen. Da konnte denn der Dieb das erbeutete Portemonnaie nicht mehr beseitigen. Jetzt mußte er den Diebstahl einräumen und gab bald auch alle anderen, die ihm zur Last gelegt wurden, zu. Er wurde festgesetzt als ein 18 Jahre alter wohnungsloser Buchbinder Alex Naumann und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Straßenunfälle. Vor dem Hause Widmarstr. 35 in Steglitz wollte Dienstagmorgen ein Herr Albert Ruck kurz vor einem heran-

nahenden Straßenbahnwagen der Linie 87 das Gleis überschreiten, wurde jedoch von dem Bahnwagen erfasst und angefahren. Er erlitt eine blutende Wunde an der Schläfe und mußte in bestunntungslosem Zustande nach dem Kreiskrankenhause in Lichterfelde gebracht werden, nachdem ihm auf der nächsten Unfallstation ein Notverband angelegt worden war. — In der Altenbrücke bog am demselben Tage nachmittags gegen 9/10 Uhr ein Kollwagen kurz vor einem in der Richtung nach Plöensee verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie 12 auf das Gleis und wurde angefahren. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Personen leicht verletzt, sie konnten ihren Weg fortsetzen, ohne ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen zu brauchen. — Gegen 9/10 Uhr abends entgleiste auf dem Tempelhofer Felde ein Triebwagen der Linie 70 infolge eines in der Schienenrinne befindlichen Holzens und stieß gegen die Vordschwelle. Personen wurden nicht verletzt. Durch einen Rettungswagen der Straßenbahn wurde der entgleiste Wagon wieder in die Schienen gehoben. Infolge der Entgleisung trat eine Betriebsstörung für die Dauer von 25 Minuten ein, während welcher der Betrieb vom Steuerhause bis zum Ringbahnhof Tempelhof einseitig aufrechterhalten wurde.

Kleine Nachrichten. Der Eigentümer des Hauses Verleberger Straße 50, Friedrich Böring, wurde Dienstagmorgen in seiner von ihm allein bewohnten Wohnung erdolcht aufgefunden. Das den 67jährigen Mann zu der Tat veranlaßt hat, ist nicht bekannt. — Aus dem Karpenteich in Kreptow wurde am Dienstag die Leiche eines neugeborenen Mädchens gelandet. — Das Opfer eines Bootsunfalles wurde gestern aus der Spree gelandet. Es handelt sich um den achtzehnjährigen Sattlerlehrling Friedrich Stoderm aus der Türschmidstr. 20. — Ein Schlafstellen-schwinder in Seemannsuniform tritt seit einigen Tagen in Groß-Berlin auf, nachdem er bisher Hamburg unsicher gemacht hat. Der Gauner trägt die Uniform eines Obermatrosen mit dem gelben Winkler und zwei roten Querstreifen. Er treibt sich den Tag über in Schankwirtschaften umher und läßt sich freihalten. Hierbei findet er wohl auch einen Gastfreund, der ihm das Nachklager anbietet. Sonst mietet er eine Schlafstelle. In beiden Fällen aber sucht er nur Gelegenheit zum Stehlen und nimmt mit, was er nur erhalten kann. Der Schwinder erzählt in der Regel, daß er auf fünf Tage nach Berlin beurlaubt sei. Auch er schmückt sich, wie fast alle Gauner dieser Art mit dem Ulfernen Kreuz. Er spricht die Hamburger oder Braunschweiger Mundart und ist kaum mittelgroß.

Zum Besten erblindeter Krieger veranstaltet das Leipziger Solowartel für Archengen auf Anregung der Kommandantur am Donnerstag, den 20. Mai, 8 Uhr abends, ein Konzert in der alten Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße. Karten sind bei Wertheim, Vöte u. Bod zu haben.

Aus den Gemeinden.

Höchstpreise für Backwaren im Kreise Teltow.

Der Landrat des Kreises Teltow hat nun auch für die der Berliner Brotkornvereinigungen angehörenden Orte Brigg, Friedenau, Grunewald, Johannisthal, Lontow, Lichterfelde, Mariendorf, Mariensfeld, Niederichoneweide, Schmaragdend, Steglitz, Tempelhof, Treptow, Nikolassee, Wannsee, Zehlendorf, Dahlem, Berlin-Heerstraße und Grunewald-Fors, vom 3. Mai an dieselben Höchstpreise festgelegt, die bereits in Berlin seit dem 1. Mai Geltung haben. Für die übrigen Orte des Kreises ist von der Festlegung von Höchstpreisen Abstand genommen worden, doch wird erwartet, daß die gewerbetreibenden Bäcker ihre Forderungen in solchen Grenzen halten werden, daß behördliche Maßnahmen zur Verhütung von Preistreibern unterbleiben können.

Schuljahrpflege der Stadt Charlottenburg.

In der Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 wurden in der Charlottenburger städtischen Schuljahrpflege 5049 Anaben und 4817 Mädchen zahnärztlich untersucht, das sind 37 bzw. 38 Proz. aller Gemeindegelübter. Von den untersuchten Anaben wurden 4127 (82 Proz.) und von den Mädchen 4720 (98 Proz.) zahnärztlich behandelt. Insgesamt wurden 10 174 Zähne gezogen, in 14 185 Fällen Füllungen und Einlagen und in 1356 Fällen Wurzelbehandlungen und Wurzelfüllungen vorgenommen. Besonders reger war die Tätigkeit der Schuljahrpflege im letzten Vierteljahr; in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1915 wurde die Klinik von 3611 Kindern aufgesucht, es wurden 3721 Zähne gezogen, 2904 Zähne gezogen und bei 343 Zähnen der Nerv getötet.

Kartoffelverkauf in Stralau.

Die Gemeinde hat jetzt einen Kartoffelverkauf eingerichtet, der am Freitag, den 7. Mai, nachmittags von 3—6 Uhr in der Gemeindegemeinschaft Alt-Stralau stattfindet. Einwohner, die weniger als 2400 M. Jahreseinkommen haben, zahlen für 10 Pfd. 75 Pf., die übrigen haben einen höheren Preis zu entrichten. Die Beschaffung von Dauerwaren lehnte die Gemeindeverwaltung ab. Der Einkommensteuernzuschlag ist jetzt endgültig auf 125 Proz. festgesetzt.

Gerichtszeitung.

Unterlassene Bestandsaufnahme.

Ein Verstoß gegen die Kriegsgesetze führte gestern den Fabrikbesitzer und Stadterordneten Karl Gronewaldt vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I.

Bekanntlich war auf Grund des Gesetzes vom 4. August v. J. eine besondere Verordnung erlassen worden, nach welcher chemische Fabriken, Drogenhandlungen usw. verpflichtet waren, ihren Bestand an gewissen Chemikalien, die eventuell für Zwecke der Heeresverwaltung Verwendung finden könnten, bis zu einem bestimmten Termin anzugeben. Diese Verfügung, die in der Hauptsache den Zweck verfolgte, der Heeresverwaltung einen Überblick über gewisse zur Sprengstoffherstellung benötigte Rohstoffe zu geben, hatte gleichzeitig aber auch nach dem Zweck, zu verhindern, daß diese und ähnliche Stoffe vielleicht auf dem Umweg über das neutrale Ausland in Feindeshände gelangen könnten. Eine derartige Aufforderung, den Bestand an gewissen Chemikalien anzugeben, war auch an den jetzigen Angeklagten Gronewaldt gelangt, der Besitzer und Direktor einer großen chemischen Fabrik und Handlung mit Erzeugnissen der chemischen Industrie ist. Obwohl die Frist ziemlich weit gesetzt war und trotz einer Mahnung der Behörde unterließ G., die gewünschte Bestandsaufnahme. Die Folge war, daß die Staatsanwaltschaft auf Ersuchen der Militärbehörde das jetzige Strafverfahren einleitete.

Vor Gericht behauptete G., daß er, da auch seine auswärtigen Unternehmungen in Frage gekommen wären, das fragliche Schriftstück erst dorthin geschickt habe, wodurch die Verzögerung entstanden sei. — Das Gericht hielt dem Angeklagten auch zugute, daß er nur fahrlässig gehandelt habe. Da es sich hier aber um eine Verfügung handelte, die im Interesse der Sicherheit des Vaterlandes erlassen sei und auf deren Befolgung der im öffentlichen Leben stehende und ehrenamtlich tätige Angeklagte besonderen Nachdruck habe legen müssen, habe das Gericht auf 300 Mark Geldstrafe erkannt.

Degenkluder, Drahtverzeher und Eisenreißer.

Ein ungemütlicher Liebhaber ist der Arbeiter Franz Gaseloff, der gestern unter der Anklage des verurteilten schweren Diebstahls und der Bedrohung in zwei Fällen vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I stand.

Der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte hatte mit einer jetzt verheirateten Frau ein Viehbesitzverhältnis, welches diese abbrach, nachdem sie viel Anzüglichkeiten über das Vorleben des Gaseloff erfahren hatte. Darob entbrannte in ihm bestiger Groll, der sich bei verschiedenen Gelegenheiten in schlimmer Form Luft machte

und eines Tages dazu führte, daß er seiner ungekreuzten Geliebten mit einem Stein entgegenwarf und ihr drohte, sie „mitten durch zu hauen“, wenn sie nicht wieder zu ihm hielt. Er fand aber kein Gehör. Die Bedrohliche ließ sich auf nichts ein. Sie verheiratete sich kurze Zeit darauf mit einem Eisenbahnunterbeamten und glaubte nun vor ihm Ruhe zu haben, da sie ja den Namen gewechselt und in der Puffelstraße eine Wohnung bezogen hatte, die nach ihrer Ansicht ihm unbekannt bleiben sollte. Der Angeklagte setzte aber alles in Bewegung, um den Aufenthalt der Frau D. zu erfahren. Schließlich hatte er die Wohnung ausgekundschaftet und stützte ihr zu einer Zeit, wo er sie von den Bewohnern verlassen glaubte, einen sonderbaren Besuch ab. Er hatte jedoch mit einem Dietrich die Tür geöffnet, als ihm aus dem Innern der Wohnung die zufällig anwesende Schwägerin der Frau, die über den eigenartigen Besuch höchst erstaunt war, entgegentrat. Er packte sie beim Arm und wollte in die Wohnung dringen, ihre Hilferufe alarmierten aber die Nachbarn und so konnte der Angeklagte festgenommen werden. Er bestritt vor Gericht die Absicht des Diebstahls, die ihm die Anklage unterlegte und behauptete, daß sein Plan nur dahin gegangen sei, in der Wohnung alles „in Klumpen zu schlagen“. Das der Sachverständige Medizinalrat Dr. Störmer aus dem Leben des Angeklagten vortrug, lang wie ein Kapitel aus einem Hintertreppenroman. Danach hat der Angeklagte, nachdem er ein ganz ordentliches Schloßergeselle geworden war, zu seinem Unglück der Verführung eines Degenkluders beigemüht und von nun an trieb ihn der Ehrgeiz, es diesem nachzutun und sich als Degenkluder zu produzieren. Er hatte aber schlechten Erfolg, denn er brachte sich dabei so böse Verletzungen der Speiseröhre, des Darms und des Magens bei, daß sein Leib aufgeschnitten und eine sehr schwierige Operation an ihm vorgenommen werden mußte. Er ließ sich aber dadurch nicht abschrecken, sondern suchte nun seine Ehre darin, als Drahtverzeher und Eisenreißer beizubehalten zu werden und verließ sich mit Vorliebe eiserne Nägel, Nägel und sonstige Desikatessen. Er kam abwechselnd in den Operationsaal, ins Gefängnis und schließlich nach Zandorf, wo er wieder Gelegenheit fand, Metallkörper zu verschlucken und infolgedessen wieder einer schweren Operation unterzogen werden mußte. Trotz dieser und anderer Abnormitäten und trotz einer in einer längeren Strafhaft erlittenen Gefängnispsychose konnte er vom Sachverständigen doch nicht als unter den § 51 fallend erachtet werden: er wurde nur als ein geistig stark minderwertiger, infolge seiner Krankheiten leicht erregbarer Mensch geschilbert. — Das Gericht glaubte dem Angeklagten, daß er nicht stehlen, sondern nur seine Rache befriedigen wollte, hielt daher einen allerdings recht schweren Fall des Hausfriedensbruchs und der Bedrohung für vorliegend und erkannte auf 7 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft.

Auch eine Kriegsunterfrüfung!

Wegen Sittlichkeitsvergehen im Sinne des § 184.1 St. G. B. (Verbreitung unsittlicher Schriften) hat das Landgericht Duisburg am 7. Januar den Uhrmacher Max Ranspich zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Angeklagte, der verheiratet ist, aber von seiner Frau getrennt lebt, hatte, wie ihm zur Last gelegt worden ist, unter der Maske eines Wohlwärters die jetzige Kriegszeit dazu benutzt, auf verborgene Viehdiebstahlsausgänge auszugehen, indem er folgendes Mandat vollstreckte: Am 19. September v. J. erließ er im „Duisburger Generalanzeiger“ ein Inserat, welches lautete: „Junger Uhrmacher übernimmt bei Frauen, deren Männer im Felde stehen, unentgeltlich Reparaturen an Uhr und Stelle.“ Unter diesem Text stand dann eine Ziffer, unter der sich, wie er hoffte, Reflektantinnen melden würden. Jedoch hatte dies Inserat eine für ihn ganz unvorhergesehene Wirkung, indem er sich wegen Sittlichkeitsvergehen zu verantworten hatte. Das Gericht ist der Ansicht gewesen, daß es dem Angeklagten nur darum zu tun gewesen ist, auf das Inserat hin mit Frauen, deren Männer im Felde stehen, in unerlaubte Beziehungen treten zu können. Dafür spreche die ganze Fassung des Inserats, nämlich einmal die Hervorhebung des Wortes „Junger Uhrmacher“, sodann die „unentgeltliche“ Ausführung der Reparaturen und endlich die Vornahme der Reparaturen „an Uhr und Stelle“, also in den Wohnungen der Frauen. Der gegenteiligen Behauptung des Angeklagten, daß er keinerlei unaußere Hintergedanken bei Aufgabe des Inserats gehabt habe, hat das Gericht keinen Glauben geschenkt. Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Aus aller Welt.

Ganz wie in Berlin.

Die „Münchener Post“ glossiert in ihrer Nummer vom 4. Mai in einer „Der große Sieg“ überschriebenen Notiz, die auch in München sich an die Siegesnachricht anschließenden abenteuerlichen Gerüchte folgendermaßen:

Der Befehl, die Häuser zu beslaggen, kam diesmal vom hohen Norden hergeweht. Und da unsere Handwerker schon durch die Münchener Plagenhysteriker ein wenig dreifüßig sind, wehien auch vormittags nach 10 Uhr bald lustig die blau-weißen und schwarz-weiß-roten Fahnen im Wailüsterl. Nun aber begam eine Hejzag nach den Telegrammanschlügen, die indessen keine Auskunft gaben. Man hatte beslaggt, aber niemand wußte warum. Solche Situationen sind der geeignete Nährboden für abenteuerliche Gerüchte, die auch bald die Stadt durchschwärmten und bis in den letzten Winkel drangen. Die Nachricht von der Zahl der gefangenen Russen verdoppelte sich jedesmal, wenn sie vom Mund des einen zum Mund des anderen ging. Und man schimpfte, diesmal mit Unrecht, auf die Regierung, die sich erst durch die Privaten von Beslaggen der Staatsgebäude bewegen ließ. In den Cafés stritt man darüber, ob Sindenburg oder ein österreichischer Befehlshaber den großen Sieg errungen habe. Der Cafetier schüttelte sich, um den Gästen, die ihn umdrängten und Auskunft verlangten, zu entrichten, in sein Bureau. Und die Erregten riefen auch da noch zur Tür herein: „So telephonieren Sie doch an die nächstbeste Redaktion. Sie werden doch wohl telephonieren können, he?“ Als dann nachmittags einer erfahren hatte, daß 8000 Russen gefangen wurden und dies mitteilte, wäre er wegen dieses „schlechten Wises“ beinahe verprügelt worden. Denn die Gerüchte hatten die Zahl der Gefangenen auf eine Höhe ansteigen lassen, die alles in diesem Kriege Erlebte in Schatten stellte. So schloß der gestrige Tag in wilder, leidenschaftlicher Erregung. Und keiner wußte, wenn er sich Rechenschaft geben wollte, warum er sich aufgeregt, worüber er sich freute und was er vom kommenden Morgen noch erwarten sollte.

Großfeuer in Madrid.

Einer Meldung aus Madrid zufolge wurden der Justizpalast, das benachbarte Kloster und die Kirche der Salesianer durch einen Brand zerstört. Es herrschte Wassermangel. Ein Richter, der die Menschen retten wollte, kam in den Flammen um. Mehrere Feuerwehrmänner wurden verletzt.

Jugendveranstaltungen.

Pankow. Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Jugendheim Pankow-Schönhausen: Vortrag des Kollegen Schröder über: „Das Jugendheim und der jugendliche Arbeiter.“

Reinickendorf. West. Samstag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Kruse, Hühnerstr. 18, ein Lichtbildvortrag statt: „Die vier Jahreszeiten im norddeutschen Hochlande“ mit 120 Lichtbildern nach eigenen Aufnahmen des Vortragenden Genossen Kramer. Die erwachsenen Genossen und Genossinnen sind hierzu eingeladen. Eintrittspreis 10 Pf.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Steglitz. Freitagabend 6 Uhr im Rathaus.
Mahlendorf. Donnerstag, den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Saal des Rathauses.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.